

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 316 · 27. JAHRGANG · AUSGABE 11/2021 VOM 9. NOVEMBER 2021 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **»Sichere Häfen«
im Barnim?**

Beschlüsse in Bernau und Eberswalde

7 | **Krieg und Kriegs-
planungen im Nahen Osten**

Nach 20 Jahren Afghanistankrieg

12 | **Die Eisenbahn von
Templin nach Prenzlau**

Im Wandel der Geschichte (Teil 1)

Gentrifizierung in Eberswalde

*Wie real sind Ängste vor einer
Verdrängung durch »reiche Berliner«?*



Foto: THOMAS GÄDICKE

»Immer mehr Berlinerinnen und Berliner zieht es nach Eberswalde«, berichtete Ende Oktober der rbb-Radiosender Antenne Brandenburg. Viele Menschen dort würden diese Entwicklung mit gemischten Gefühlen sehen – »denn die Mietpreise sind durch den Zuwachs in den vergangenen Jahren gestiegen«.

Das ist natürlich ziemlich Quatsch, denn Mietpreise erhöhen sich nicht, weil neue Mieter nach Eberswalde kommen, sondern weil Vermieter höhere Mieten fordern. Und diese fordern höhere Mieten, weil sie es wollen und mittlerweile können. Zum einen wurde in den vergangenen zwanzig Jahren Wohnraum in Größenordnungen vernichtet. Das wurde und wird sogar mit erheblichen Mitteln aus den öffentlichen Haushalten gefördert. Zum anderen bekommen leerstehende Wohnungen das Label *»nicht vermietbar«* angeheftet, so daß sie gar nicht erst auf dem Wohnungsmarkt angeboten werden, auch wenn sie mit verhältnismäßig geringem Aufwand in einen vermietbaren Zustand gebracht werden könnten. Das Angebot wurde und wird also verknappt, während solche Berichte wie der von Antenne Brandenburg – ob gewollt oder nicht – allen suggeriert, daß schnell steigende Mieten einer Art schicksalhaftem, unumstößlichen und ehernen Gesetz folgen.

»Ein Jahr umsonst wohnen«, das waren noch vor drei Jahren PR-Aktionen, mit denen Menschen zum Umzug nach Eberswalde bewegt werden sollten, so Antenne Brandenburg. Das haben die Eberswalder Wohnungsgesellschaften heute nicht mehr nötig. Neumieter zieht es auch so in die Stadt. Vor allem, weil die Mieten in der nahen Hauptstadt und deren Umgebung für immer weniger Menschen bezahlbar sind. Nach Angaben der Stadtverwaltung haben seit 2018 rund 1.500 Menschen allein aus Berlin in der Kreisstadt einen neuen Wohnsitz bezogen. Unter Bezugnahme auf eine Zeit Online-Analyse spricht der Radiosender von einer Steigerung der durchschnittlichen Mieten um 25 Prozent in den vergangenen acht Jahren. Waren es 2012 noch 5,27 Euro/m², mußten Neumieter 2020 im Durchschnitt 6,94 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter berappen.

Den Zuzug von Berlinern, so Antenne Brandenburg, würden viele Eberswalder mit gemischten Gefühlen sehen. Einerseits würden sie sich über den Zuzug freuen, andererseits aber Angst vor Verdrängung haben. Zumal etwa die Hälfte sich allein in den Stadtteilen Ostende, Stadtmitte und im Leibnizviertel niederlassen würden – wobei dort aber

auch rund 40 Prozent der Eberswalder Bevölkerung wohnt, also kaum von einer auffälligen Überkonzentration der Neu-Eberswalder aus Berlin gesprochen werden kann. Tatsache ist, daß die Zuzügler oft als zahlungskräftiger gelten als Einheimische und vor allem das hiesige Mietniveau trotz der Steigerungen als vergleichsweise günstig ansehen. Da gelingt es dann schonmal, auch größere Wohnungen in einem unsanierten Wohnblock für 5,50 Euro/m² kalt an den Mann oder die Frau zu bringen – und das dann als Argument für die Erhöhung von Bestandsmieten zu benutzen.

Die Stadtverwaltung weist gegenüber rbb Vermutungen über eine Gentrifizierung Eberswaldes zurück. *»Die Stadt Eberswalde legt Wert auf eine vielfältige Stadtgesellschaft«,* wird aus deren schriftlicher Antwort zitiert. *»Deswegen ist es uns besonders wichtig, im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, Wohnraum für jeden Geldbeutel zur Verfügung zu stellen. Über unsere städtische WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH verfolgen wir dieses Ziel auch als Akteur auf dem Wohnungsmarkt.«*

Demgegenüber kritisiert PAUL VENUß von der Eberswalder Initiative *»Recht auf Stadt«* die zu hohen Mieten der städtischen Wohnungsgesellschaft. Er fordere, daß die Stadt Wohnungen zu niedrigen Preisen anbietet und vor allem noch vorhandenen Leerstand nutzt. Er kritisiert die Konzentration auf den Neubau, denn Eberswalde habe noch eine Leerstandsquote von 9 Prozent. Es sei auch aus Klimaschutzsicht viel sinnvoller, vorhandene Wohnungen zu nutzen, ehe man neu baut.

Tatsächlich erscheint die Angst vor Neu-Eberswaldern als übertrieben. Immerhin hatte Eberswalde noch vor dreißig Jahren rund 54.000 Einwohner. Seit kurzem sind es wieder knapp über 42.000. Da ist noch viel Luft, zumal in der Zwischenzeit drei Nachbardörfer eingemeindet wurden und auch viel neu gebaut wurde. Wichtiger wäre wohl, daß sowohl die alten als auch die neuen Eberswalder in der Stadt oder ihrer näheren Umgebung ihren Lebensunterhalt verdienen können.

GERD MARKMANN

Ein Netz der Rebellion gegen die Bestie

Die Zapatistas in den selbstorganisierten Gemeinden Chiapas (Mexiko) nennen den Kapitalismus schlicht und einfach »Bestie«. Seit rund dreißig Jahren kämpfen sie erfolgreich gegen diese »Bestie«, die immer weitermacht, unsere »Mutter Erde« unbewohnbar zu machen für Geld, das niemand essen kann.

Die mexikanische Regierung, von der sie nur Repression erwarten, lassen sie nicht ins befreite Gebiet. Aber sie wissen, daß in der globalisierten Welt des Kapitals in Selbstisolation befangene »Inseln der Glückseligen« nicht auf Dauer bestehen können. Sie kamen daher auf die Idee, ihre Erfahrungen eines gelungenen Aufstandes und dreißig Jahren selbstorganisierter Lebens mit all ihren Hoffnungen in die Welt zu tragen. Ihre Delegierten machten sich auf die »Gira por la Vida« (Reise für das Leben) zu Orten und Aktivisten widerständiger Bewegungen auf allen Kontinenten, um sie kennenzulernen und von ihnen zu lernen.

In den persönlichen Begegnungen wollen sie zeigen, daß auch Wenige trotz aussichtslos scheinender Situation viel bewegen können. Sie sind der Auffassung, daß wir angesichts des Ökozids überall auf der Welt im Kleinen rebellieren müssen, damit daraus die Rebellion im Großen erwachsen kann.

Mit 177 Delegierten haben sie im September europäischen Boden betreten. In der BRD waren 13 Gruppen, die jeweils zu fünf drei Wochen lang unterwegs waren. Im Rheinland besuchten sie beispielsweise die Politische Kommune SSM (Sozialistische Selbsthilfe Mühlheim) und das Widerstandscamp gegen die Braunkohle in Lützerath. Sie beteiligten sich am 24. September am Klimastreik und kamen danach mit Hunderten weiteren Teilnehmern für einige Tage zum rebellischen Zusammentreffen im Wendland zusammen.

Sie erzählten die Geschichte ihres Aufstandes und vom schwierigen Prozeß ihres Weges in die Autonomie. Die Zuhörer staunten, wie gut die zapatistische Bewegung heutzutage organisiert ist. Gerade weil alle wesentlichen Entscheidungen in den Pueblos (Dörfern) lange diskutiert und dann auf den Weg in die »Räte der guten Regierung« gebracht werden.

All die Menschen, die bislang nebeneinander wirkten, aber in diesem Jahr die Reise der zapatistischen Delegierten durch die BRD vorbereitet hatten, waren zu diesem Zweck miteinander in Kontakt gekommen. Auf dieser Grundlage bildete sich auf dem Rebellischen Camp ein »Netzwerk der Rebellion«, in dem sie nun weiter gemeinsam für das Leben und gegen den Kapitalismus wirken wollen.

Als eine erste Aktion organisierte das Netzwerk Mitte Oktober unter diesem Motto eine Demonstration in Frankfurt/Main. Am 30. Oktober folgte ein globaler Aktionstag gegen Ökozid und Vertreibung. Hier stand das NEIN zu dem Bahn- und Autobahnprojekt »Tren Maya« im Mittelpunkt.

Dieses 150 Milliarden Pesos (über 6 Milliarden Euro) teure Infrastrukturprojekt der mexikanischen Regierung soll auf über 1.500 Kilometern fünf Bundesstaaten verbinden. Bemerkenswert: Dieses Projekt soll unter der Führung der mexikanischen Armee stehen. Politik und Unternehmen versprechen Arbeitsplätze, einen Anstieg des Tourismus und gar den Weg in die Moderne.

Tatsächlich bedeutet das Megaprojekt die Zerstörung der letzten Regenwälder Süd Mexikos, die Mißachtung der Rechte der indigenen Bevölkerung, Landnahme und Vertreibung sowie eine zusätzliche Militarisierung in einer der konfliktreichsten Regionen des Landes. Der Maya-Zug wird zur Degradierung, Fragmentierung und Abholzung von dreiundzwanzig Naturschutzgebieten führen, darunter UNESCO-Welterbestätten, fand Greenpeace Mexiko heraus. Zudem sind die größten Grundwasservorkommen des Landes bedroht. Menschen, die sich kritisch äußern, erhalten Morddrohungen. In Mexiko, wo schon viele Aktivisten ermordet wurden, weiß man, daß solche Drohungen kein Spaß sind. Demgegenüber stehen riesige Gewinne für einige wenige.

Auch deutsches Kapital und deutsche Unternehmen sind in Planung, Bau und Inbetriebnahme involviert. Die Deutsche Bahn Tochter DB Consulting & Engineering, Siemens und TÜV Rheinland beteiligen sich an den Ausschreibungen. Der TÜV hat sich übrigens bereits empfohlen, als er in Mexiko-Stadt den Bau der Metrolinie 12 betreute. Die stürzte im Mai 2021 ein. Über 20 Menschen kamen dabei ums Leben.

G.M.

Quellen:

– Heinz Weinhausen: Netz der Rebellion gegründet, in: *Contraste* Nr. 446, November 2021
– <https://www.ya-basta-netz.org/tren-maya-made-in-germany/>

Der Mindestlohn

*Man hört es, liest es, ist entzückt,
Der Mindestlohn bald höher rückt.
Die Regierung macht den Weg bereit.
Natürlich dauert's seine Zeit.
Die Steigerung um 1 Euro 10,
Soll in vier langen Stufen geh'n.**

*Würden Politiker Mindestlohn erhalten,
Sie würden anders ihn gestalten:
100 Euro, der Satz pro Stunde,
Mit jährlich einer neuen Runde.
Dann automatisch immer mehr,
Politikerleben ist ja sooo schwer.*

*Doch, Nachtigall ich hör dir trapsen,
Die Masse, die muß weiter knapsen,
Der kleine Mann schaut in die Röhre,
Fährt weiter seine alte Möhre.
Spart ja – da er kaum noch reisen kann
Und freut sich über Häppchen ab und an.*

RAINER KROBOTH

Band für Mut und Verständigung

Eberswalde/Potsdam (bbp). JONE MUNJUNGA vom AFRIKANISCHEN KULTURVEREIN PALANCA wurde für sein jahrelanges Engagement gegen Rassismus am 19. Oktober mit dem Band für Mut und Verständigung ausgezeichnet. Das berichtet der Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB) in seinem Oktober-Rundbrief. Ausgelobt wird die Auszeichnung von der gleichnamigen Initiative, die sich 1991 nach Angriffen auf Migrantinnen und Migranten in Hoyerswerda gründete. Seit 1993 zeichnet sie beispielhafte Aktionen aus, bei denen Bürgerinnen und Bürger sich couragiert gegen Diskriminierung und Gewalt aus rassistischen Beweggründen wenden oder sich in langjähriger und ehrenamtlicher Arbeit für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben aller Menschen einsetzen.

Im gleichen Rundbrief protestiert VENROB gegen den Kürzungsansatz im Landeshaushalt 2022. Das Landesnetzwerk wendet sich vehement gegen eine Kürzung des entwicklungspolitischen Projekttitels (bisher 60.000 Euro) im

Haushaltsansatz des Ministeriums der Finanzen und für Europa für 2022 auf 48.000 Euro. VENROB kommentiert die Ausstattung dieses Titels seit Jahren als unzureichend. Die zivilgesellschaftliche Arbeit zu Globalisierungsthemen noch stärker zu beeinträchtigen, wäre eine Fehlentscheidung und ein fatales Signal an die Engagierten in Brandenburg. Gleichzeitig zeigen wir uns solidarisch mit den europäischen Vereinen des Landes, denen ebenfalls ein 20-prozentige Kürzung der Haushaltsmittel droht. Wir erwarten, daß bei der Debatte im Landtag mindestens die Rücknahme der Kürzungen beschlossen wird.

Amadeu Antonio Gedenken

Das diesjährige Gedenken zu Ehren von Amadeu Antonio, der vor 31 Jahren in Eberswalde totgeprügelt wurde und am 6. Dezember 1990 starb, findet am Nachmittag des 6. Dezembers wie in jedem Jahr an der Gedenktafel in der Eberswalder Straße (ehemalige Chemische Fabrik) statt.

2 * 1.1.2020: 9,35 €, 1.1.2021: 9,50 €, 1.7.2021: 9,60 €, 1.1.2022: 9,82 €, 1.7.2022: 10,45 € oder 12 €?

Wegenetz im Pankepark freigegeben **Geld ist vorhanden**



FOTO: PRESSESTELLE BERNAU/AU

Bei goldenem Herbstwetter offiziell freigegeben: Das Wegenetz, über das der neue Pankepark gut 500 Meter östlich der Bernauer Innenstadt erkundet werden kann.

Bernau (prest-ber/tt). Bernau hat eine neue Attraktion. Mit dem Start der Bimmelbahn wurde am 29. Oktober das Wegenetz des neuen Panke-Parks offiziell freigegeben. Bürgermeister André Stahl: »Der Panke-Park ist mit 19 Hektar Größe das neue Highlight der Stadt. Wo früher militärisches Gelände und Brachland waren, sind neue Wohnungen, eine Kita mit 150 Plätzen und als Krönung des Ganzen ein Naherholungsgebiet für Jung und Alt entstanden.«

Der Förderverein Panke-Park Kulturevent Bernau leistete die konzeptionelle Vorarbeit, auf deren Grundlage die konkreten Planungen erstellt werden konnten. In seiner Rede dankte das Stadtoberhaupt allen am Entstehen des Parks Beteiligten. Besonders wurden die Fördermittelgeber von Bund und Land erwähnt, die 2,3 Millionen Euro aus dem Stadtumbauprogramm bereitstellten.

Fast fünf Kilometer Wege durchziehen den Panke-Park, so daß dieser komplett begehbar ist. Unterschiedliche Beläge sorgen dabei für

Abwechslung. 1.800 Meter sind asphaltiert, rund 1.000 Meter als Sandwege, 720 Meter in kombinierter Sand-/Granitstein-Oberfläche und 1.350 Meter mit Holzhäcksel-Belag ausgestaltet. Entlang der Haupttangente, die sich vom Eingang an der Börnicker Chaussee quer durch den Park bis zu den neuen Wohnungen am Panke-Park zieht, ist eine Allee mit 70 Obstbäumen angelegt – Süßkirschen-, Apfel-, Birnen- und Pflaumenbäume sorgen hier für fruchtbare Vielfalt. Zwischen diesen Bäumen sind 30 Parkbänke aus Baumstämmen aufgebaut.

Ebenfalls zum Ausruhen sind die 53 roten Parkbänke gedacht, die entlang der so genannten »Promenade« stehen, die sich in einem großen Bogen parallel zum neuen Wohngebiet zieht. In der Mitte des Parks ist ein Rodelberg angelegt, von dem aus ein Rundblick über den Teufelspfuhl möglich ist. Bei dem derzeit stabilen und goldenen Herbstwetter ein sehr angenehmes Unterfangen.

»Wir sind der Ausreden leid...«

Stellungnahme zur SVV Eberswalde vom 26.10.2021

Am 26. Oktober durften wir der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung der Kitagebührensatzung und des Änderungsantrages der LINKEN zum Geschwisterrabatt beiwohnen. Wir möchten dies nicht unkommentiert lassen.

Auch wenn dem Beschlußvorschlag Diskussionen im Rahmen einer Arbeitsgruppe vorausging, hat uns die Vehemenz der Ablehnung eines Änderungsantrages für einen höheren Geschwisterrabatt, also für die Entlastung von Mehrkindfamilien, erschrocken. Im Raum standen zusätzliche Investitionen von 150.000 Euro jährlich für Mehrkindfamilien.

Daß sich weite Teile der Parteien nicht nur im Grundsatzprogramm für Beitragsfreiheit aussprechen, sondern mit der Beitragsfreiheit auch im Wahlprogramm der Landtagswahlen um Stimmen geworben haben, ist allen noch in Erinnerung. Das trifft im übrigen nicht nur auf die SPD und Die Linken, sondern auch auf CDU, FDP, Bündnis 90/Grüne und AfD zu.

Und daß insbesondere die SPD, die sogar im Kommunalwahlkampf hier in Eberswalde mit der Aussicht auf beitragsfreie Kitaplätze ab

dem dritten Kind um Stimmen warb, dann aber für einen höheren Rabatt lediglich Sympathien empfindet und ihn schlußendlich ablehnt, spricht Bände.

Ja, wir möchten es so deutlich sagen: Wir sind der Ausreden und der Verschiebebahnhöfe leid (Bund – Konnexität, Land – BER, Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Corona, ...).

Umso überraschter sind wir auch, wenn die Begründung, es sei kein Geld da, damit einhergeht, daß jährlich rund 1 Million Euro an Mitteln, die für die Kindertagesbetreuung vorgesehen sind, ungenutzt zurück in den Stadthaushalt fließen und für eine stattliche Rücklage sorgen. Dieser Sachverhalt wurde in der AG zur Kitagebührensatzung nicht beleuchtet.

Warum bei circa einer Million ungenutzter Mittel pro Jahr zusätzliche 150.000 Euro für eine Entlastung der Mehrkindfamilien nicht

Kitagebühren: Eltern entlasten

Gerade Kinder und Familien haben die Hauptlast des Lockdowns tragen müssen und deshalb kam es auf Antrag unserer Fraktion zu einer Rückerstattung der Kitabeiträge für einen Monat. Während der Hochphase der Corona-Pandemie waren sich die Stadtverordneten in Eberswalde einig, daß es zu einer grundsätzlichen Entlastung der Familien in der Stadt bei den Kita-Gebühren kommen muß.

Wir begrüßen die Vorlage der Stadtverwaltung, an der unsere Fraktion mitgearbeitet hat, ausdrücklich. Jedoch sehen wir weiteren Verbesserungsbedarf – die Entlastung großer kinderreicher Familien ist immens wichtig, wenn es darum geht, Eberswalde weiter familienfreundlich zu entwickeln zu gestalten. Deshalb fordern wir eine weitere Absenkung der Gebühren ab dem zweiten Kind auf 60% und dem dritten Kind auf 40%. Diese Änderung würde weitere Kosten von 150.000 Euro pro Jahr verursachen.

Anders als die Stadtverwaltung und auch andere Fraktionen behaupten, ist ausreichend Geld vorhanden. Allein im Jahr 2019 und 2020 wurden 2,2 Millionen Euro, die für den Kita-Bereich geplant waren, nicht ausgegeben und flossen zurück in die Rücklage der Stadt. Diese Zahlen zeigen, daß genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Kita-Bereich Eberswalde (gerundet in TEuro)

	Plan	Ist	Differenz
2019	5.634,4	4.298,8	1.335,6
2020	6.156,4	5.261,3*	895,1

(* vorläufig)

Wir haben im letzten Jahr zurecht viele Hilfgelder für Unternehmen in Eberswalde ausgezahlt, jetzt geht es darum, bei den Eltern und Kindern nicht auf die Bremse zu treten. Wir freuen uns über die Unterstützung des Kreiskitaelternbeirates für unseren Antrag und hoffen auf ein Umdenken in den anderen Fraktionen. Sebastian Walter, Fraktion Die Linke in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde

vorhanden sein sollen, bleibt ein Geheimnis. Werte Stadtverordnete, auch wenn Sie sich gegen eine Entlastung der Mehrkindfamilien entschieden haben: Lassen Sie vorhandene Mittel nicht ungenutzt!

Setzen Sie sie für den Zweck ein, für den sie vorgesehen sind! Investieren Sie in die Zukunft, in unsere Kinder, ermöglichen Sie ausreichend Kitaplätze. Wartelisten und Ausnahmegenehmigungen sollten in Zukunft der Vergangenheit angehören. Werben Sie um gutes pädagogisches Personal, bieten Sie mehr duale Ausbildungsmöglichkeiten an, schaffen Sie einen guten Rahmen für unsere Kleinsten.

Die Kindertagesbetreuung ist eine kommunale Aufgabe, die Mittel sind vorhanden.

ANNA HEYLAND, PHILIPP BIEBER, ANNETT HEIDEBRUNN, Kitaelternbeirat Barnim

Grüne Jugend Barnim:

Eine Bürgermeisterin soll es sein

Eberswalde (bbp). Am 25. Oktober trafen sich die Mitglieder der Barnimer Grünen Jugend im »Grünen Büro« in der Eberswalder Friedrich-Ebert-Straße. Hauptthema war die infolge des Abgangs des Amtsinhabers Friedhelm Boginski in den Bundestag notwendig gewordene vorgezogene Bürgermeisterneuwahl in Eberswalde.

»Die Grüne Jugend Barnim ist sich einig, daß nach drei männlichen Bürgermeistern seit 1990 endlich eine Frau die Stadtverwaltung führen soll. Einen entsprechenden Beschluß haben die Mitglieder der Jugendorganisation von Bündnis 90/Die Grünen« auf ihrer Versammlung gefaßt, teilte ROBERT FUNK von der Grünen Jugend Barnim der Presse mit.

»Seit ich denken kann, wird Eberswalde von Männern regiert. Die anstehende Neuwahl des Stadtoberhauptes sollten wir als Chance begreifen, die Vielfalt der Menschen in Eberswalde auch sichtbar zu machen«, so NOA CLERC, Sprecherin der Grünen Jugend Barnim und Eberswalder

Schülerin. »Ich erwarte, daß in Zukunft eine Frau an der Rathaus Spitze für Weltoffenheit und Toleranz einsteht, die Verkehrswende voranbringt und unsere Stadt klimaneutral macht! Außerdem braucht es für eine feministische Stadtpolitik weibliche Perspektiven an führender Stelle.«

Wer für das Amt im Rathaus kandidieren soll, teilten die grünen Jugendlichen nicht mit. Allerdings ist es längst ein offenes Geheimnis, daß von den Grünen in Absprache mit Der Linken die ehemalige SPD-Politikerin STEFFI SCHNEEMILCH als Bürgermeisterkandidatin favorisiert wird (BBP 10/2011). Anfang November haben sich Bündnisgrüne und Linke schließlich entschlossen, den Namen doch schon vor der offiziellen Nominierung der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Die offizielle Kür durch das »sozial-ökologische Wahlbündnis«, das laut Heimatzeitung ein »selbsternanntes« ist, soll am 8. November stattfinden.

Inhaltlich fordern die Mitglieder der Grünen



Foto: Archiv

Jugend mehr Radwege und autofreie Straßenzüge, mehr Busverbindungen am Abend und am Wochenende, einen deutlichen Ausbau der Solarenergie auf Dächern sowie mehr bezahlbaren Wohnraum für Jung und Alt. Darüber hinaus setzt sich die Grüne Jugend für ein engeres Miteinander von Schülern und Studierenden ein.

Wahlkämpfer Herrmann

Eberswalde (bgh/bbp). Am 15. Oktober, der Amtsinhaber hatte sich noch nicht offiziell verabschiedet, lud GÖTZ HERRMANN (parteilos) als Bürgermeisterkandidat, unterstützt vom Wahlbündnis SPD|Bürger für Eberswalde, zu seinem Wahlkampfauftritt ein. Vor rund 40 Mitgliedern der beiden Wahlträger sowie Freunden und Familie, so teilte sein Wahlkampfbüro mit, schwor er alle auf einen engagierten Winterwahlkampf ein.

Zuvor hatten der Landtagsabgeordnete HARDY LUX (SPD) und die Vorsitzende der Wählergruppe Bürger für Eberswalde ISABELL SYDOW in ihren Grußworten Herrmanns jahrelanges Engagement für Eberswalde hervorgehoben. Er werde »stets als echter Teamplayer wahrgenommen«. Hardy Lux stellte insbesondere seine »Loyalität und Verlässlichkeit sowie sein stets einendes Wesen heraus – immer auf der Suche nach Kompromissen, um beteiligte Gruppen trotz sehr unterschiedlichen Meinungen schlußendlich zusammenzuhalten«.

»Ich möchte ein Bürgermeister sein«, sagte sodann der Kandidat, »der die losen Enden in unse-

rer Stadt zusammenführt und entstandene Gräben, besonders in dieser Pandemie, überbrückt und den Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft wieder stärkt. Ein Bürgermeister für jeden... und kein Klientel-Bürgermeister!« Ob das ein Unterschied zu seinen Vorgängern sein sollte, ließ er offen.

Herrmann gab darüber hinaus auch einen ersten Einblick in sein Wahlprogramm, in dem er 12 »starke« Themenkomplexe für Eberswalde benennt. Die fünf Themen, die er aktuell als drängendsten empfindet sind: »Gesund in Eberswalde: Ärztemangel sofort angehen!«, »Bildung für alle möglich machen – Kitaplätze schaffen und Standards angleichen!«, »Wohnraum für jeden Geldbeutel – in jedem Ortsteil!«, »Unser Eberswalde ist eine grüne und nachhaltige Stadt, die sich für die klimatischen Herausforderungen der Zukunft wappnet!« und »Für eine bürgerefreundliche, moderne, motivierte und qualifizierte Verwaltung, die sich schnellstmöglich der Digitalisierung stellt.«

Um dem Ärztemangel zu entgegnen, »müssen wir neue Ideen entwickeln und schnelle Lösungen finden. So könnten beispielsweise Stipendien



Foto: THOMAS ZEHN

eine Möglichkeit sein.« Herrmann sieht insbesondere die GLG und auch die städtische WHG in der Pflicht, sich in der aktuellen »Eberswalder Ärztekrisis« mehr zu engagieren, um schnelle Lösungen zu finden. »Auch wenn wir aktuell bereits einiges tun, um Kita- und Hortplätze zu schaffen, müssen in einem wachsenden Eberswalde dann auch künftig die Kapazitäten mitwachsen und vorausschauend geplant werden.«

Nachbarlicher Wahlkämpfer

Eberswalde (bbp). Selbstverständlich ohne jeden Bezug zur bevorstehenden Bürgermeisterwahl hat Kulturguru Udo Muszynski im Rahmen der Gesprächsreihe NACHBARN am 11. November um 19 Uhr open air auf dem Hof der »Galerie Fenster« in der Prignitzer Straße 50 den FDP-Bürgermeisterkandidaten Martin Hoeck zu Gast. Er ist im Brandenburgischen Viertel aufgewachsen und wohnt dort noch immer. Seit 2014 ist er zudem mit einem eigenen

Bürgerbüro präsent. Nach einigen Irrwegen in Jugendjahren, auf denen er es 2003 bis zum Landtagskandidaten der DVU brachte, engagiert er sich seit 2008 kommunalpolitisch als Stadtverordneter der FDP. Seit 2019 ist er Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde. Dazu wirkt er ehrenamtlich im Sport, in der Heimatkunde und im sozialen Bereich. Kulturell und politisch ist er mit der eigenen Familienstiftung in Eberswalde aktiv.

Am 27. Oktober erfolgte die offizielle Nominierung als Bürgermeisterkandidat der FDP. Am 11. November gibt es aber noch mehr zu sehen als den FDP-Kandidaten. Von 17 bis 21 Uhr hat wie aktuell an jedem Donnerstag die Ausstellung von Ina Abuschenko-Matwejewa in der »Galerie Fenster« für Besucherinnen und Besucher geöffnet.



Foto: GERD MARRMANN

»Sichere Häfen« im Barnim?

Eberswalde/Bernau (bbp). Aktuell machte wieder einmal ein Flüchtlingshilfeschiff Schlagzeilen, das mit 800 aus Seenot Geretteten völlig überladen auf der Suche nach einem Hafen im Mittelmeer ist, um dort die aufgenommenen Flüchtlinge an Land zu bringen. Der Inselstaat Malta hatte zuvor die Hilfssignale der in Seenot Geratenen ignoriert und hält seine Häfen geschlossen.

In Eberswalde hatten BÜNDNISGRÜNE und LINKE bereits im Oktober 2020 einen ersten Vorstoß unternommen, damit die Kreisstadt dem Bündnis »Seebrücke« beiträgt und sich zu einem »sicheren Hafen für Geflüchtete« erklärt. Als im Juni 2021 die Vorlage dann auf der Tagesordnung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung stand, beteiligte sich die Frak-

tion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR als Miteinreicher. Sowohl die Stadtverordneten als auch die Verwaltung unterstützten das verfolgte Ansinnen. Nach dem Angebot der Verwaltung, sich im Rahmen des Integrationskonzeptes intensiv mit dem Anliegen auseinanderzusetzen, hatten die Einreicher die Vorlage zurückgezogen.

In Bernau hatten nun am 30. September die Stadtverordneten eine ähnliche Vorlage auf dem Tisch. Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Joachim Schaaf wandte sich in scharfen Worten gegen die Vorlage, sprach von »moralischer und emotionaler Erpressung« und gegen »die Alimentierung von Migranten«. Die linke Stadtverordnete Dr. Dagmar Enkelmann hielt für »un-erträglich, ... was hier von den Nazis gesagt wur-

de« und kassierte dafür einen Ordnungsruf des StVV-Vorsitzenden Daniel Sauer (CDU), der erst im März 2021 mit Unterstützung der Linken nach der Abwahl seines Vorgängers Péter Vida (BVB/Freie Wähler) in diesen Posten gelangte (BBP 4/2021). Laut dem Bericht in der lokalen Tageszeitung hielten sich auch danach nicht alle Stadtverordneten an Sauers Aufruf zur Sachlichkeit. Unsachlich waren demnach u.a. die Äußerungen von Michael Herrmann (SPD), der angesichts der Äußerungen von Schaaf und seinen AfD-Fraktionskollegen »geschockt und frustriert« war, sowie Klaus Labod (Grüne), der die Haltung von Schaaf als »menschenverachtend, ausländerfeindlich und rechtsradikal« bezeichnete.

Letztlich hatte die AfD aber erreicht, was sie wohl nicht wollte, nämlich daß die Bernauer Stadtverordneten der Vorlage der Linken mit großer Mehrheit zustimmten.

Das »N«-Wort in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung: Schimpf oder Scheinheiligkeit?

Nach dem Eklat in der Stadtverordnetenversammlung (StVV) Bernau am 30. September 2021, als der StVV-Vorsteher sich veranlaßt fühlte, die linke Stadtverordnete Dr. Dagmar Enkelmann wegen der Verwendung des beleidigenden »N-Schimpfwortes« gegenüber einem AfD-Abgeordneten für seinen Redebeitrag (gerade noch im Bereich des Art.5 des Grundgesetzes) zu rügen, nahm die MOZ (Barnim-Echo, Bernauer Ausgabe, 5.10.21, S. 13) das zum Anlaß, ebenfalls ihr Verständnis für die Verwendung des Wortes zu vermitteln. Das entbehrt nicht einer gewissen Verwunderung, hatten doch selbige Stadtverordnete und dieselbe MOZ-Redakteurin eine ähnliche, viel bedeutendere Gelegenheit vorübergehen lassen.

Da hatte doch in der Bernauer StVV-Sitzung am 6. Mai des Jahres der Stadtverordnete Horst Werner (BfB, Bündnis für Bernau) einen ausführlicheren Redebeitrag mit einer deutlichen Relativierung des NS-Regimes und der Wehrmacht und des sogenannten »Dritten Reiches« abgeliefert, ohne daß der Vorstand der StVV Bernau oder die Fraktionen Linke, BfB, CDU, Grüne u.a. dagegen einschritten!

Ein entsprechender Leserbrief wurde unterdrückt und erst erwähnt, als von anderer Seite darauf hingewiesen wurde (vgl. BBP Sommer/2021). In der MOZ konnte man damals lesen, daß Frau Dr. Enkelmann überhaupt nichts gehört habe und glaubte, in einer anderen Veranstaltung gewesen zu sein. Der Stadtverordnetenvorsteher, Herr Sauer (CDU), hatte auch nichts gehört und mußte erst den Livestream abhören, ohne das Ganze kritisch zu sehen.

In der Sitzung der StVV Bernau am 16.06.2021 wurde dann über den Artikel der MOZ, indem unwahr behauptet wurde, man hätte den Stadtverordneten als »Nazi« bezeichnet, diskutiert. Kein Stadtverordneter setzte sich in dieser Sitzung mit dem NS-Regi-

me oder der NS-Ideologie auseinander, aber BfB, Linke und CDU diffamierten den Kritiker und erklärten den Stadtverordneten Werner, der das Regime relativierte, sogar zum »Ehrenmann«. Aussagen des Stadtverordneten: »Die Bernauer waren zufrieden mit den Arbeitsplätzen...«, »das 3. Reich ist nun mal passiert...«, »das Heeresbekleidungsamt war ein 'Zivilobjekt' und hatte nichts mit der Nazi-Wehrmacht zu tun« usw.

Daß die Wehrmacht eine Täterorganisation war, die sich an der Ermordung von Juden, sowjetischen Kriegsgefangenen und anderen aktiv beteiligte, ist Herrn Werner scheinbar nicht bekannt. Welche Schule hat er wohl besucht? Eigentlich fehlte nur noch die Freude über die »Arbeitsbeschaffung« in den Bernauer Zwangsarbeiterlagern!

Selbst Abgeordnete, deren Haltung zum Faschismus dem Verfasser bekannt ist, schwiegen beharrlich! Welche Scheinheiligkeit! Die Ablehnung von NS-Tendenzen ist wohl doch schon dem Links-Opportunismus zum Opfer gefallen, oder? Die CDU nutzte die Gelegenheit zu einer späten Revanche gegen die Bernauer Bürgerinitiativ-Demos gegen die Altanschließreaktion der Obrigkeit in Verletzung des Grundgesetzes in Bernau. Sie haben sich bis heute nicht bei den Bürgern entschuldigt und auch nichts gelernt!

Die SPD-Fraktionschefin, Cassandra Lehnert, fand das Ganze auch nicht so schlimm; ihr ist zu empfehlen, daß sie sich nicht zu sehr bei den Linken anbiedern sollte, sie wird sonst in die Abenddämmerung der Linken mit hineingezogen und ist bestenfalls als Stief-»Enkel« Willy Brandts geeignet: Eine zweideutige Haltung zur wie auch immer verbrämten NS-Ideologie, paßt einfach nicht zur Tradition der SPD! Das wissen aber nur »geborene Sozis« wie Josef Keil, der hier noch Nachhilfe leisten muß!

BERND C. SCHUHMAN, Freie Bürgerinitiative

Fraktionsmitteilung

Mit Trauer und Bestürzung erfuhren wir vom Ableben des Sportfreundes TORSTEN RUDOLF. Sein engagiertes Wirken wird nicht nur im Ostender Sportverein, sondern dem Eberswalder Sport insgesamt sehr fehlen.

Wie jüngst im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde berichtet wurde, fehlen in der Stadt rund 200 Kita- und 100 Grundschulplätze. Diese Situation ist seit Jahren bekannt. Die Schaffung neuer Plätze hinkt dem Bedarf regelmäßig hinterher. Wir hoffen sehr, daß eine neue Person an der Rathauspitze sich diesem Problem mit mehr Engagement widmet.

Zugleich wurde bekannt, daß in den Jahren 2019 und 2020 insgesamt 2,2 Millionen Euro an geplanten Mitteln im Kita-Bereich nicht ausgegeben worden sind. Der Vorschlag der Linksfraktion, einen Teil davon zur Entlastung von Eltern mit mehreren Kindern zu verwenden, fand unsere Unterstützung, die angesichts der Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung leider nicht ausreichte.

Die Erweiterung des Eberswalder Ruheforstes wird von unserer Fraktion befürwortet. Nach dem nunmehr schon dritten Beschluß der Stadtverordnetenversammlung sollte die Erweiterung nun bald umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang regten wir an, den Weg zur Ruheforst-Gedenkstätte in einem Zustand zu halten, damit diese auch für ältere und in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen zugänglich ist. Als Vorbild könnte der Weg zum Schwärzensee dienen.

*MIRKO WOLFGGRAMM,
Die PARTEI Alternative für Natur und Umwelt*

**Barnimer Bürgerpost
a b o n n i e r e n !**

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
internet: www.barnimer-buergerpost.de
Telefon: 0 33 34 / 35 65 42 (AB)

Spielplätze barrierefrei

Bernau (bvb/bbp). In der Sitzung der Bernauer Stadtverordnetenversammlung am 28. Oktober wurde der gemeinsam von BVB/Freie Wähler und den Grünen eingebrachte Antrag auf barrierefreie Spielplätze mit großer Mehrheit angenommen. Somit kann demnächst eine Arbeitsgruppe gebildet werden, in der interessierte Bernauerinnen und Bernauer über die Zukunft der Spielplätze unserer Stadt entscheiden können.

Denn die Bernauer Spielplatzplanung gehöre auf den Prüfstand, um die UN-Behindertenrechtskonvention zu berücksichtigen. Es sollen inklusive Spielplätze geschaffen werden, die ein Spielen von Kindern mit und ohne Handicap ermöglichen sowie verschiedene Altersstrukturen vom Kleinkind bis zu den Senioren berücksichtigen, die ihre Enkel zum Spiel begleiten. Es soll ein sinnvolles Konzept entwickelt und die Meinungen betroffener Familien von Kindern mit Behinderung aber auch die Sichtweise von Senioren einbezogen werden.

Ziele der Arbeitsgruppe sind: die Analyse der Spielplätze unter dem Gesichtspunkt der Inklusion, die Überarbeitung der Spielplatzsatzung, die Schaffung geeigneter Beteiligungsverfahren sowie die Erarbeitung von Vorschlägen für Pilotprojekte.



Foto: Jörg Arnold

Im Vorfeld hatte sich die sachkundige Einwohnerin Nadine Schnittke (Bildungsausschuß) mit Jonathan Etzold (Grüne/B90), Leonore Bode (Beirat für Menschen mit Behinderung) sowie Bernd Falkenthal (Seniorenbeirat) beraten, um ein breit gefächertes Fachwissen mit einzubringen und den finalen Antrag auszuarbeiten.

»Wir möchten alle Interessierten dazu ermuntern«, sagte der Stadtverordnete Jörg Arnold, »in der Arbeitsgruppe mitzuwirken und freuen uns auf eine produktive Zusammenarbeit.«

Lyrikhaus in Joachimsthal:

Einzigste Lesung 2021!

Endlich wieder eine Lesung! Ich freue mich, am 13.11.21 Thomas Böhme aus Leipzig begrüßen zu können. Tickets gibt es unter lyrikhaus.de. Bitte wenn möglich vorher Tickets kaufen, damit niemand draußen bleiben muß. Außerdem werden dort die obligatorischen Kontaktdaten gespeichert, so daß wir uns das beim Einlaß sparen können (2G-Regel).

Lyrikhaus

Baupleite für Museumsdepot

Eberswalde (bbp). Nachdem mindestens drei Jahre Planung vergangen und knapp 50.000 Euro ausgegeben sind, haben die städtischen Planer nunmehr festgestellt, daß die geplante Unterbringung des Museumsdepots in dem Gebäude des einstigen »Russenmagazins« und der späteren NETTO-Kaufhalle in der Saarstraße 8a zu teuer und damit unwirtschaftlich wird.

Um den Umbau zum Depot für das städtische Museum in der Adlerapotheke zu ermöglichen, mußte Anfang 2018 ein Möbelhändler, der die ehemalige Verkaufsstelle inzwischen angemietet hatte, unter Protesten das Gebäude räumen. Nun stellte sich heraus, daß der Baugrund nicht tragfähig ist, weil das Gebäude offenbar auf einer früheren Müllkippe errichtet worden ist. Jedenfalls hat man dort jetzt »großflächige lose Auffüllungen mit Bauschutt, Asche und Hausmüll in Tiefen zwischen 3 und 7,50 Metern« festgestellt. Teilweise sind Grundwasserleiter durchtrennt worden, wodurch es zu Ausspülungen im Untergrund kommt. Folge sind erhebliche Bauschäden, wohl vor allem an dem nördlichen Anbau. Risse im Mauerwerk waren schon 2018 bemerkt worden, die sich inzwischen weiter verstärkt haben. Inzwischen stellte man auch fest, daß die Dachkonstruktion unterdimensioniert ist und deren Bau unsachgemäß aufgeführt wurde.

Im Sommer hatte Baudezernentin Anne Fellner mitgeteilt, daß im Rathaus drei Hochbauingenieure fehlen und deshalb ein ehemaliger Mitarbeiter auf 450-Euro-Basis aus dem Ruhestand zurückgerufen worden sei, der sich dem Risseproblem widme. Im Ausschuß für Stadtentwicklung, Wohnen und Umwelt am 2. November wurde nun im Rahmen der Ämtervorstellungen zum Haushaltsplan 2022/23 nebenbei mitgeteilt, daß eine Ertüchtigung des Gebäudes zu teuer und daher unwirtschaftlich sei. Grundsätzlich sei eine »andere Lösung an einem anderen Standort nötig«. Wie es nun für das

Museumsdepot weitergeht, blieb unklar. Ende 2019 waren erste Sammelstücke aus dem alten und maroden Depot in Nordend in die Saarstraße transportiert worden. Für den Umzug waren zwei Jahre veranschlagt worden. Die Stadtverordneten hatten dem Museum dafür befristet eine zusätzliche Personalstelle genehmigt. Inzwischen werden 70 Prozent des Gebäudes genutzt. Für die Ertüchtigung des Gebäudes hatten die Stadtverordneten ursprünglich 400.000 Euro eingeplant. Was nun mit dem Gebäude passieren soll, bleibt ebenso unklar. Noch im Sommer hatte die Baudezernentin von »Sowieso-Kosten« gesprochen, weil auch bei einer anderen Nutzung, beispielsweise als Stadtteil- oder Mehrgenerationentreff, das Gebäude instandgesetzt werden müsse.

Als potentiellen neuen Standort brachte die Stadtverwaltung den Kranbaupark in die Diskussion ein. Inzwischen werden von verschiedenen anderen Seiten auch Alternativen für das Museumsdepot vorgeschlagen. So könne doch mit dem Landkreis verhandelt werden, ob das Museumsdepot in einer entsprechenden Erweiterung des derzeit in Bau befindlichen neuen Kreisarchivs unterkommen könnte. Das hängt natürlich nicht zuletzt davon ab, ob das angesichts des aktuellen Baufortschritts, die Fertigstellung ist für Juni 2022 geplant, noch möglich ist. Daher sollte auch geprüft werden, ob vielleicht die alten Räumlichkeiten des Kreisarchivs im Technologie- und Gewerbepark Eberswalde (TGE) für die Unterbringung des Museumsdepots genutzt werden können.

Planfeststellung für Radweg

Bernau (bbp). Die Bernauer Stadtverordneten hatten sich auf ihrer Sitzung am 28. Oktober gleich mit zwei Anträgen zu dem schon lange geplanten Radweg von Bernau nach Blumberg entlang der L31 zu befassen. Der Ortsbeirat Birkenhöhe will, daß der Bürgermeister die Landesregierung auffordert, Planung und Bau des Radwegs als »Vordringlichen Bedarf« für den Realisierungszeitraum 2020 bis 2030 einordnet. Auch die Fraktion BVB/Freie Wähler will endlich die jahrelange Hängepartie um diesen Radweg beenden und einen realisierbaren Lösungsweg einschlagen.

»Ganz offensichtlich kann die Stadt die nötigen Grundstücke entlang der Landesstraße aus diversen Gründen nicht ankaufen«, stellt die Fraktion fest. Ein weiteres Hoffen hierauf sei daher nicht erfolversprechend. Bei einem Vor-Ort-Termin mit dem Landesminister für Infrastruktur und Landesplanung Beermann vor wenigen Wochen sei deutlich geworden, »daß im Wege

eines Planfeststellungsverfahrens die durch die Verweigerung der Verkaufsbereitschaft entstandene Blockade überwunden werden kann. Hierzu ist zwar ein verwaltungsrechtlich kompliziertes Verfahren anzustreben, aber es bietet einen gangbaren Lösungsweg.«

Angesichts des großen öffentlichen Interesses an der Errichtung des Radweges seien gegebenenfalls notwendige Enteignungen angemessen, denn der Weg werde von vielen Einwohnern von Birkholzaue und Birkenhöhe sowie der Ahrensfelder Ortsteile Elisenau und Blumberg genutzt, darunter zahlreichen Kindern. Die Fraktion habe den fachkundigen Hinweis des Stadtverordneten Klaus Labod (Grüne) aufgenommen und ihren Antrag dahingehend ergänzt, daß das Land die Kosten für die durch die Stadt Bernau zu erstellenden Planungsunterlagen im Wege eines Vertrags übernimmt, in den möglichst auch die Gemeinde Ahrensfelde einbezogen werden sollte.

»Nichts ist gut in Afghanistan«

Die panikartige, chaotische Flucht der Bundeswehr und kurz darauf der US-Streitkräfte aus Afghanistan und der Zusammenbruch des Nato-gestützten Regimes im August 2021 offenbarte die völlige Fehleinschätzung unserer politisch Verantwortlichen und großer Teile unserer Medien.

Erst 2010 räumte der für den Bundeswehreininsatz in Afghanistan verantwortliche Minister ein, daß man sich in einem Krieg und nicht einem peace-keeping-Einsatz befinde, freilich ohne die Konsequenz aus dieser Einsicht zu ziehen, denn einen Krieg zu führen, ist nicht die Aufgabe der Bundeswehr, deren Legitimation, den Sonntagsreden der Politiker folgend, gerade darin bestand, einen Krieg zu verhindern.

Als die EKD-Vorsitzende Bischöfin MARGOT KÄBMANN 2010 in einer Neujahrspredigt mit den klaren Worten: »Nichts ist gut in Afghanistan« die Afghanistanpolitik des Westens und die schönfärberische Darstellungen des Afghanistanseinsatzes kritisierte, stieß sie auf Unverständnis und harte Proteste.

FINTAN O'TOOLE, Kolumnist für die Irish Times und Professor of Irish Letters at Princeton, hat die Rezension von zwei aktuellen Neuerscheinungen dazu genutzt, eine gründliche Kritik der amerikanischen Afghanistanpolitik und ihrer offiziellen Darstellung vorzunehmen.

Ausgangspunkt ist sein Gedanke, daß die Afghanistanpolitik der USA Ausdruck der Krise der amerikanischen Demokratie ist. (*diese Passage habe ich übersetzt – siehe Seite 8*)

Im weiteren Fortgang seiner Argumentation stellt er die Verlogenheit der offiziellen Rechtfertigungsversuche des Afghanistankrieges dar,

der zweimal für beendet erklärt wurde, dessen Ziele unterschiedlich formuliert wurden, zunächst als Maßnahme zur Bekämpfung des Internationalen Terrorismus (Bush), später als Maßnahme des Nation-Building und der Demokratisierung, der Frauenbefreiung usw.

Fintan O'Toole widerlegt alle diese Erzählungen, gestützt auf vorliegende Dokumente, indem er auf die Einbindung der von den Taliban entmachteten Warlords und die von den USA geförderte Korruption hinweist. Es wurde kein demokratisches System errichtet, sondern eine korrupte und unberechenbare Gewalt-herrschaft lokaler Warlords, die sich niemals auf die Zustimmung der Bevölkerung stützen konnte.

Margot Käbmann lag schon richtig, als sie 2010 sagte: »Nichts ist gut in Afghanistan.«

Das galt damals und gilt auch heute. Gerade deshalb ist auch darauf zu achten, daß nicht klammheimlich Arrangements getroffen werden, die die Abschiebung von in die BRD Geflüchteten aus Afghanistan ermöglichen.



Was Taubstumme merken

Nun haben sie es endlich geschafft. Die Deutsche Bundesrepublik steht wieder im Krieg. Nach sechsundfünfzig friedlichen Jahren dürfen die deutschen Soldaten wieder auf Menschen schießen. Unbegrenzt und weltweit. Ungestüm drängelten uns die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in den Krieg um Afghanistan. Die Christlichen, die Sozialdemokratischen und die Grünen, Männer und Frauen, alte und junge, dicke und dünne. Bis auf die wenigen Sozialistischen waren alle bedingungslos dafür.

Der angerichtete Schaden ist unabsehbar. Schon bei einer oberflächlichen Auswertung der Diskussion kommt einem das Grausen. Mit welcher Verlogenheit da argumentiert wird, läßt einem das Schlimmste befürchten. Jeder Taubstumme merkt die Unaufrichtigkeit der Redner und Argumente. Die Heuchelei quillt aus jedem Knopfloch. Man kann sie direkt sehen. Sollen sie doch selbst nach Afghanistan gehen, die lieben Abgeordneten. Damit sie wissen, worüber sie reden und abstimmen.

Wer vergessen hat, was Kriege alles anrichten, könnte mit offenen Augen durch unser Land gehen, ein Buch vornehmen oder einen Film ansehen oder auch nur seinen Verstand und sein Gewissen benutzen. Es reichte auch eine kurze Erinnerung an die Geschehnisse, denen die Damen und Herren ihren Job verdanken. Im Herbst 1989 standen sich in beiden deutschen Staaten zwei hochgerüstete deutsche Armeen und noch einmal soviel Besatzungssoldaten gegenüber. Bei der Übergabe der DDR fiel trotzdem kein Schuß. Kein Menschenleben wurde für die Ideologie geopfert. Obwohl sehr viele Waffenträger die Möglichkeit gehabt hätten, auf den jeweiligen Klassenfeind zu schießen. 1989 wurde anschaulich bewiesen, daß auch die größten Konflikte friedlich lösbar sind. Sehr viele Menschen haben damals ihren Verstand benutzt und die Lehren aus der Geschichte gezogen. Soviel verlange ich auch von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages.

In diesem Zusammenhang gebührt den Autoren der Barnimer Bürgerpost ein besonderes Lob. Wie man unschwer an den Artikeln zum Krieg erkennen kann, leisten sich unsere Autoren ihre eigne Meinung, machen sich die Mühe und schreiben sie auf und stehen mit ihrem Namen und ihrem Geld öffentlich dafür ein.

Die eigene Meinung ist ein sehr hohes Gut an sich. Wir wollen sie pflegen und auch weiterhin die organisatorische Grundlage dafür bereitstellen.

Denn soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
(aus: BBP 12/2001, Seite 2)

Krieg und Kriegsplanungen im Nahen Osten

Der Krieg der USA und ihrer NATO-Verbündeten in Afghanistan ging nach zwanzig Jahren mit einer schmachvollen Niederlage der größten Militärmacht zu Ende. Von dem fortwährenden Krieg im Nahen Osten nimmt hier kaum jemand Notiz. Schon seit mehr als einem halben Jahr rennt die Türkei im Norden des Irak unter Einsatz von Chemiewaffen gegen Stellungen der kurdischen Befreiungsorganisation PKK an. Zugleich bedroht die türkische Armee in Nordsyrien die Stadt Kobane, die 2014 durch den Widerstand kurdischer Selbstverteidigungskräfte zum Symbol im Kampf gegen den IS geworden war.

Als weiterer Kriegstreiber der Region tritt nun zunehmend wieder Israel in Aktion. Vom regelmäßigen Raketenbeschuß des Nachbarlandes Syrien nimmt kaum noch jemand Notiz. Gewöhnung an den Krieg. Zugleich werden in Israel die Drohungen mit direkten Militärschlägen gegen den Iran immer lauter. General TAL KALMAN, in den israelischen Streitkräften zuständig für strategische Kriegsplanungen im sogenannten »dritten Kreis«, wozu der Iran gehört, sprach Ende Oktober gegenüber der

Bahreiner Zeitung Al-Adscham davon, daß Israel bei ihren Kriegsplanungen künftig mit anderen Staaten der Region zusammenarbeite. Einem Hinterbänkler der Likud-Partei blieb es vorbehalten, offen auszusprechen, worum es geht: Falls es bis zum Jahresende nicht zu einer Vereinbarung zwischen Teheran und den »Weltmächten« kommen sollte, müsse Israel den Iran angreifen. Auch die US-Regierung spricht davon, daß sie in der Konfrontation mit Iran »alle Optionen auf dem Tisch« habe, einschließlich der militärischen. Es sind auch in den USA Politiker der zweiten Reihe, welche die Drohungen offener aussprechen. Dort will der einstige Iran-Berater von Barack Obama DENNIS ROSS den Israelis die schwersten Bomben aus dem US-Arsenal zur Verfügung stellen, damit diese die unterirdischen Atomanlagen im Iran angreifen können. Und weil Israel keine Flugzeuge hat, die solche schweren Bomben transportieren können, will Ross auch gleich leihweise B-2-Bomber zur Verfügung stellen.

G.M.

Quelle: Knut Mellenthin: Kriegsgeschrei gegen Teheran, in: Junge Welt, 2.11.2021

Die entscheidende Frage zu Amerikas Krieg in Afghanistan war nicht, ob die Afghanen für die Demokratie waren, sie lautete, ob die demokratischen Werte in den USA stark genug ausgeprägt waren, um in eine traumatisierte Gesellschaft implantiert zu werden, die siebentausend Meilen entfernt war. Zu diesen Werten gehören Rechenschaftspflicht der Machtausübenden, die konsequente und umfassende Anwendung der Menschenrechte, ein klares Verständnis dessen, was durch politische Strategien erreicht werden sollte, die Verhinderung des Einflusses von korrupten finanziellen Interessen auf politische Entscheidungen und der Grundsatz, daß öffentliche Erklärungen der Wahrheit entsprechen müssen. In den ersten beiden Dekaden des 21. Jahrhunderts wurde oft in der amerikanischen Republik darum gekämpft, diese Werte für die eigenen Bürger aufrechtzuerhalten und oft wurde dieser Kampf verloren.

Es ist wirklich kein Wunder, daß die USA diese Werte nicht in ein fremdes Land einführen konnten. Während das politische System der USA eine Krise durchmachte, die in der Präsidentschaft von Donald Trump und der Capitol Riots kulminierte, steuerte das langandauerndste auswärtige Abenteuer parallel auf die erschütternde Flucht aus Kabul zu. Afghanistan wurde zum dunklen Spiegel der Leiden der amerikanischen Demokratie. Es reflektierte manchmal in überdeutlicher Weise die Schwächen der heimischen politischen Kultur. **Kritiker der Krieganstrengungen argumentierten, daß die Vereinigten Staaten nicht das Abbild ihres politischen Systems am anderen Ende der Welt etablieren könnten. Die tragische Wahrheit ist, daß ihnen in gewisser Weise genau dies gelungen ist.**

Der einfachste Weg, mit der Tatsache klar zu kommen, daß die Vereinigten Staaten den längsten Krieg ihrer Geschichte (länger als der 1. Weltkrieg, der 2. Weltkrieg und der Vietnamkrieg zusammen) mit einer Niederlage und der schimpflichen und tödlichen Evakuierung aus Kabul beendet haben, besteht darin, die alte Ansicht zu vertreten, die Afghanen wären niemals in der Lage gewesen, einen modernen Nationalstaat zu bilden und am Leben zu erhal-

Kita ist »Waldkönner«

Eberswalde (prest-ew). In der Eberswalde Kita »Sputnik« gab es am 6. Oktober etwas Besonderes zu feiern: als bundesweit zweite Kita erhielt die Einrichtung die Auszeichnung »die Waldkönner« der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW). Die Stadt als Trägerin der Kita »Sputnik« ist sehr stolz, »daß die Einrichtung die bundesweite Auszeichnung erhalten hat. Damit wird das nachhaltige Konzept auch im Bildungsbereich besonders gewürdigt. Ein großes Dankeschön gilt dem Team der Kita um Jeannette Honeck und Britta Boldt«, so Kerstin Ladewig, Amtsleiterin Bildung, Jugend und Sport. In der Eberswalder Kita sind Natur- und Waldpädagogik fester Bestandteil des Konzeptes.

Die Lüge des Nation Building

von Fintan O'Toole*

ten. Schließlich hätten die Vereinigten Staaten 143 Billionen Dollar für »nation building« ausgegeben. Inflationsbereinigt ist das mehr, als sie mit dem Marshall-Plan für den Wiederaufbau Westeuropas nach dem 2. Weltkrieg ausgegeben haben. Weshalb wurden nicht vergleichbare Ergebnisse erzielt? Das Problem, so die bequeme Schlußfolgerung, muß also an den Afghanen selbst liegen: zu rückwärtsgewandt, zu arm, unentwirrt verstrickt in mittelalterlichen Tribalismus und unaufgeklärte Religion.

Aber schon fünf Jahre nach dem die US-geführte Invasion das Talibanregime gestürzt hatte, war jenen Amerikanern, die die Dinge genauer beobachteten, klar, daß die Gegenüberstellung eines rückwärtsgewandten und widerständigen Volks auf der einen Seite und eines westlichen fortschrittlichen Projekts auf der anderen Seite, durch und durch falsch war.

SARAH CHAYES, die als Korrespondentin für National Public Radio (NPR) nach Afghanistan gegangen war, um über die Invasion zu berichten, und anschließend dort geblieben ist und mit den Afghanen in Kandahar gelebt hat, schrieb 2006 in ihrem brillanten Buch »The Punishment of Virtue« :

»Ich bin oft gefragt worden, ob wir im Westen das Recht haben ‚Demokratie aufzuzwingen‘, Leuten, die ‚das einfach nicht wollen‘ oder nicht ‚dafür reif‘ seien. Ich denke, mit Blick auf Afghanistan, ist diese Fragestellung total rückwärtsgewandt... Ich habe festgestellt, daß Afghanen sehr genau wissen, was Demokratie bedeutet – selbst wenn sie den Begriff nicht definieren können. Und sie rufen nach ihr. Sie wollen von ihrer Regierung, was die meisten Amerikaner und Europäer auch von ihren Regierungen fordern: Straßen, auf denen sie fahren können, Schulen für ihre Kinder, Ärzte mit Approbation... ein Minimum von Rechenschaft und Kontrolle der Machtträger und Sicherheit... Und sie wollen wirkliche Mitbestimmung bei den Fragen der Entwicklung ihrer Nation...

Aber die Afghanen haben herzlich wenig von all dem bekommen... Die amerikanische Politik hat

nicht Demokratie eingeführt oder ermutigt, wie die US-Regierung behauptet hat. Stattdessen hat sie die demokratische Entwicklung behindert. Sie hat die Gewalt institutionalisiert.«

Von Anfang an wurzelten die Probleme der amerikanischen Einmischung in Afghanistan in den Defiziten der amerikanischen Demokratie. In einer gut funktionierenden Republik werden Entscheidungen – vor allem so wichtige, wie die einen Krieg zu beginnen – in einem offenen Austausch vernünftiger Argumente getroffen. Da werden die naheliegenden Fragen gestellt: Was sollen tun wir? Warum machen wir das? Was sind die menschlichen und finanziellen Kosten? Worin besteht der Nutzen, worin der Erfolg? Wie und wann wird das Unternehmen beendet werden? Die Erbsünde des Afghanistankrieges – dies wird niemals zugegeben werden – war das Versagen der amerikanischen politischen Institutionen, diesen grundlegenden Standards einer Prüfung gerecht zu werden.

Das Mandat des Kongresses für diesen Krieg bestand in der »Autorisierung zur Anwendung militärischer Gewalt«, die es dem Präsidenten gestattete, jede Einheit anzugreifen, bei der »er feststellte«, daß sie Verbindungen zu den Angriffen auf die USA am 11. September habe.

Nur ein Mitglied des Kongresses, Barbara Lee, stimmte dagegen. Ihr Argument, »einige von uns müssen sagen: Laßt uns einen Moment innehalten ... und die Implikationen unseres heutigen Handelns bedenken, so daß es nicht außer Kontrolle gerät«, wurde als an Verrat grenzend zurückgewiesen.

*aus einer Rezension von zwei aktuellen Neuerscheinungen: The Afghanistan Papers: A Secret History of the War by Craig Whitlock. (Simon and Schuster) und The American War in Afghanistan: A History by Carter Malkasian. (Oxford University Press) in The New York Review of Books, 7. Oktober 2021. Am 7. Oktober 2021 jährte sich auf den Tag der Überfall der USA auf Afghanistan (Übersetzung: Hartmut Lindner, 5.11.2021).

Die Pandemie

Angst geschürt auf allen Kanälen,
Darauf kann man trefflich zählen.
Mit entsprechend großer Zahl,
Steigert man der Masse Qual.

Die Pandemie hält uns im Griff,
Wie das Eis einst das Titanic Schiff.
Viele werden untergehen.
Einige wohl überstehen.

Manche finden Platz im Rettungsboot.
Andere im Eis den Tod.
Die oben auf der Brücke stehen,
Finden die das wirklich schön?

Ich denke mir, das kann nicht sein.
So was plant doch nur ein Schw...!
Wird sowas wirklich ausgeheckt?
Wenn ja, was wird damit bezweckt?

Ist es vielleicht die Spritze?
Mit der sie's treiben auf die Spitze?
Die, so sage ich ganz aufgewählt,
Millionen in bestimmte Kassen spült.

Für's Volk angeblich kostenlos
Diese Lüge klingt famos.
Woher nimmt der Staat das Geld,
Das Big Pharma in die Hände fällt?

RAINER KROBOTH

Irrfahrt im Pazifik

Fern der heimatlichen Gewässer bahnt sich auf den Spuren altkaiserlicher Kanonenbootpolitik die BRD-Fregatte »Bayern« den Weg durch die Gestaden des Pazifischen Ozeans. Über den Weg der Fregatte bis nach Australien berichteten wir in der vorigen Ausgabe (»Die Irrfahrt des Tilo Kalski«, BBP 10/2021).

Begleitet wird die Tour der deutschen Kriegsmarine von einer Chinaberichterstattung, die »durch ein verstärktes Aufgreifen von teils noch aus kolonialen Zeiten herrührenden Klischees und Stereotypen geprägt« ist, wie es in einer aktuellen Analyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Die Linke) heißt. »Negativ konnotierte Ausführungen« sind »bei nahezu allen Themen ... zu finden«. Dabei spiele zunehmend die von den USA befeuerte These eine Rolle, wonach China eine Bedrohung »für die ganze Welt« darstelle. Neu ist das nicht. Schon 2010 hatte eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis90/Die Grünen) festgestellt, daß die BRD-Leitmedien ein »denunzierendes Bild der chinesischen Gesellschaft« fördern. Aktuell werden zunehmend »Bedrohungsszenarien wiederbelebt, die aus kolonialen und antikommunistischen Kontexten herrühren«.

Dabei ist die Fernostreise der »Bayern« in weiten Teilen selbst eine Reise in die koloniale Vergangenheit. Nach Pakistan, Diego Garcia und Australien steuerte das BRD-Kriegsschiff nach einem Tankstopp in der einstigen deutschen Kolonie Palau weiter zum US-Marine- und Luftwaffenstützpunkt Guam.

PALAU, nördlich von Westneuguinea und östlich der Philippinen, war 1914 von Japan besetzt worden. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde die Insel US-Kolonie und erhielt 1994 die formale Unabhängigkeit. Allerdings behiel-

ten die USA mittels eines Assoziierungsvertrags die Aufgabe zur Verteidigung des Inselstaates mit seinen 22.000 Einwohnern. Rund 500 von ihnen dienen derzeit in der US-Army, was als eine Art Sprungbrett für führende Posten in Regierung und Wirtschaft von Palau gilt. Palau ist übrigens einer der letzten Staaten in der Welt, die diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten und dafür auf diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China verzichten. Im Jahr 2020 hat die Palauer Regierung – selbstverständlich ausschließlich aus eigenem Antrieb – die USA offiziell ersucht, US-Militärstützpunkte in ihrem Land zu errichten, darunter Häfen und Flugplätze. Dabei wird eine ständige US-Militärpräsenz angestrebt. Zugleich soll die U.S. Coast Guard in den Gewässern um die Insel patrouillieren. Palau könnte so zu einem Ausweichstützpunkt für Guam entwickelt werden, wodurch es China im Falle eines Krieges erschwert würde, alle Startbahnen für Angriffe auf chinesisches Territorium gleich zu Beginn umfassend zu zerstören.

GUAM diente den USA im Koreakrieg und im Vietnamkrieg als die zentrale militärische Drehscheibe. Heute wird die US-Militärpräsenz dort für einen etwaigen Waffengang gegen China aufgestockt. Guam hat den Status einer US-Kolonie, deren Einwohner nicht über die vollen US-Bürgerrechte verfügen.

An einer der immer zahlreicher werdenden Kriegsbungen beteiligte sich nun Ende Oktober auch die »Bayern«. Die Fregatte wechselte Personal und Material aus, darunter ihre Sea-Lynx-Bordhubschrauber, und wurde schließlich vom Parlamentarischen Staatssekretär im BRD-Kriegsministerium Thomas Silberhorn aus dem US-Kriegshafen verabschiedet. In der ersten Novemberwoche erreichte die Fregatte »Bayern« dann den Hafen von Tokio. Dort besuchte der Generalinspekteur der Bundeswehr Eberhard Zorn das Schiff und bekräftigte den Willen zu einer militärischen Zusammenarbeit mit Japan. Damit setzt die BRD eine alte Tradition fort. Vor fast genau 85 Jahren, am 25. November 1936, hatten das faschistische Deutschland und Japan den sogenannten Antikominternpakt unterzeichnet.

Der ursprüngliche Plan, mit der »Bayern« auch im chinesischen Shanghai anzulanden, mußte indes aufgegeben werden. China hatte die Ablehnung damit begründet, daß die »Bayern«-Tour nicht der Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität in der Region diene.

Daß die »Bayern« vorrangig Kolonien oder Halbkolonien ansteuert, beweist, wie sehr die Weltordnung der USA und ihrer Verbündeten bis heute auf kolonialen Elementen beruht.

G.M.

Quellen:

- Jia Changbao, Mechthild Leutner, Xiao Minxing: Die China-Berichterstattung in deutschen Medien im Kontext der Corona-Krise. Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung 12/2021. Berlin 2021.
- german-foreign-policy.com, 23.10.21
- Fregatte »Bayern« ist im Hafen von Tokio, in: Junge Welt, 6./7. November 2021
- <https://de.wikipedia.org/wiki/Antikominternpakt>

380kV-Freileitungen:

Fakten schaffen ist angesagt

Bundesnetzagentur beschließt Planfeststellung für die Leitung Pasewalk-Bertikow

Die Erteilung des Planfeststellungsbeschlusses für die von 50Hertz geplante 380kV-Freileitung von Pasewalk nach Bertikow durch die Bundesnetzagentur (BNA) ist nicht unproblematisch und stößt auf unsere Kritik.

Netztechnisch ist die Errichtung dieser 380kV-Freileitung von Pasewalk nach Bertikow nur sinnvoll, wenn der Strom ab dem Umspannwerk Bertikow weiter nach Osten oder nach Süden abgeführt werden kann. Damit setzt diese Leitung die Realisierung der im Jahr 2016 vom Bundesverwaltungsgericht als rechtswidrig erkannten 380kV Freileitung Bertikow-Vierraden-Neuenhagen (»Uckermarkleitung«) voraus. Im Jahr 2019 lief für dieses Vorhaben das vom Gericht ermöglichte Planergänzungsverfahren noch. Es gab also keine rechtskräftige Baugenehmigung.

Deshalb hat die Bürgerinitiative Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat auf der Antragskonferenz für das Vorhaben Pasewalk-Bertikow im Juni 2019 beantragt, diese Konferenz zu vertagen, bis die Rechtsfragen zur Errichtung der »Uckermarkleitung« ge-

klärt sind. Die BI hat auch darauf hingewiesen, daß durch diese Antragskonferenz durch die Schaffung von Fakten und »Sachzwängen« Druck auf das Bundesverwaltungsgericht ausgeübt werde. Mit dem formalen Argument, es handle sich um zwei voneinander unabhängige Projekte, wurde dieser Antrag abgelehnt.

Mit dem Planfeststellungsbeschluß der BNA und den dadurch ermöglichten Baumaßnahmen wird 50Hertz Fakten schaffen, durch die das Bundesverwaltungsgericht einem erheblichen Druck ausgesetzt wird.

Man wird sehen, ob der 4. Senat des Bundesverwaltungsgerichts vor dem im zweiten Quartal 2022 verhandelt werden wird, die Kraft aufbringt, sich diesen Pressionen zu widersetzen oder ob das Kalkül von 50Hertz aufgeht.

Aber noch unter einem anderen Aspekt ist die Entscheidung der BNA problematisch.

In der Region zwischen Bertikow und Pasewalk gibt es schon eine starke Freileitungsbelastung durch zwei 110kV-Freileitungen sowie die 220kV-Bestandsleitung. Hier wäre es sinnvoll gewesen, eine Gesamtplanung zu entwickeln, die die Belastungen durch die Freileitungen des Verteilnetzes (110kV) und des Übertragungsnetzes (220/380kV) gemeinsam betrachtet und zu minimieren sucht. Die beiden Netze haben verschiedene Eigentümer, aber das sollte eigentlich kein unüberwindliches Hindernis für eine gemeinsamen Planung sein, die zu einer sichtbaren Entlastung der trassenbelasteten Region führen könnte.

Diese Chance wurde durch den Planfeststellungsbeschluß der BNA vertan. Jetzt sehen sich die Anwohner mit zwei alten 110kV-Freileitungen und einer 380kV-Freileitung konfrontiert, deren Masten wesentlich höher sind als die der Bestandsleitung. Eine Chance, über die Netzgestaltung in der Region zu entscheiden, wird es so bald nicht wieder geben. Sie wurde vertan.

HARTMUT LINDNER
Sprecher der Bürgerinitiative:
Biosphäre unter Strom –
keine Freileitung durchs Reservat
www.trassenfrei.de

Ganzheitliche Ernährung (12)

Unser Körper ist ein Wunderwerk, wir können damit die unterschiedlichsten Bewegungen ausführen wie z.B. tanzen, springen oder gehen. Der menschliche Körper besteht aus mehr als 200 Knochen. Diese Knochen sind verbunden mittels Gelenken. Allerdings ist inzwischen jeder vierte in Deutschland von einer *rheumatischen Erkrankung* betroffen. Die bekanntesten Erkrankungen des *rheumatischen Formenkreises* sind die RHEUMATOIDE ARTHRITIS, ARTHROSE, GICHT, die SCHUPPENFLECHTE, OSTEOPOROSE und MORBUS BECHTEREW.

Die Menschen werden immer älter, deshalb bekommt fast jeder früher oder später damit zu tun. Eine komplette Heilung ist derzeit nicht möglich. Aber es ist möglich, die Zerstörung des Gelenkes zumindest zu verlangsamen. Wer eine Gelenkerkrankung hat, bekommt von seinem Arzt normalerweise *Schmerzmittel und Entzündungshemmer* verschrieben. Jedoch hat jedes Medikament *unerwünschte Nebenwirkungen*. Ziel sollte es also sein, mit möglichst wenig Medikamenten auszukommen. So stellen sich den Betroffenen unterschiedliche Fragen: Gibt es schonendere, *natürliche Mittel*, um die Entzündungsprozesse in den Gelenken zu stoppen? Wie kann ich die Schmerzen ohne Nebenwirkungen bekämpfen bzw. lindern?

Mit der Ernährung können Sie auf krank machende Prozesse im Körper einwirken. So können Sie als Betroffener selber aktiv mithelfen, ihre *Gesundheit zu verbessern*. Vor tausenden von Jahren war Arthrose kaum ein Problem. Wir bewegten uns damals mehr, meist auch auf einem weicherem Untergrund und hatten deutlich weniger Übergewicht. Außerdem haben wir damals viel *mehr pflanzliche Nahrung* zu uns genommen. Um gesund zu bleiben, müssen wir wieder mehr unsere Gelenke bewegen. Je mehr wir uns bewegen, desto besser wird die *»Gelenkschmiere«* verteilt, was sich wiederum positiv auf den angegriffenen Knorpel auswirkt. Wenn unsere Gelenke langsam zerstört werden, dann sind an dieser Reaktion auch immer *entzündliche Reaktionen* beteiligt. Gerade die Ernährung bietet hier einen Ansatzpunkt, nämlich mit einer *antientzündlichen Ernährung*. Nach jetzigem Stand gilt als gesichert, daß wir täglich gute *antientzündlich wirkende Fette* zu uns nehmen sollten. In erster Linie ist hier an Omega-3-Fettsäuren zu denken, wie sie z.B. in sogenannten *»fetten Fischen«* vorkommen, darunter fallen u.a. Aal, Thunfisch, Makrele oder auch Hering. Bei all den genannten Speisefischen finden sich im Muskelgewebe mindestens 10% Fett. Ein weiterer Omega-3-Lieferant sind Speiseöle wie z.B. Leinöl, Walnußöl, Olivenöl, aber auch Rapsöl. Weiterhin ist es empfehlenswert, vor allem eine pflanzenbasierte Nahrung mit möglichst wenig Fleisch bzw. Wurst zu sich zu nehmen. Sie sollten hierbei nur ein bis zweimal in der Woche Fleisch- und Wurstwaren konsumieren.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Vor 42 Jahren, in »Der Kranbauer« vom 21.11.1989:

Bisher unausgesprochen und undiskutierbar

Offener Brief an die Betriebsparteileitung

Der durch den Willen des Volkes der DDR erreichte Umbruch und das Umdenken von Partei- und Staatsführung der DDR zu bestimmten bisher unausgesprochenen und undiskutierbaren Problemen ist mir heute Anlaß, einen offenen Brief an die Betriebsparteileitung des Kranbaus Eberswalde zu schreiben.

Seit Jahren bedrückt mich eine Situation, die durch eine Direktive von »oben« hervorgerufen wurde. Bis zum Jahre 1982 gehörte ich zu dem Kollegenkreis der Werktätigen des VEB Kranbau Eberswalde, die auf Grund ihrer fachlichen Qualifikation und ihrer jahrelangen Erfahrung für geeignet befunden wurden, ihren Betrieb und damit auch unseren Staat im Ausland zu vertreten. Das habe ich während verschiedener Einsätze bei Montagen, Kundendienst und Vertragsabschlüssen nach bestem Wissen und Gewissen offen und ehrlich, und ich glaube auch mit Erfolg, getan.

Meine letzte Dienstreise nach Uruguay, einen Vertragsabschluß von ca. 9,5 Mio Dollar für die Lieferung von Hafenkranen nach Montevideo betreffend, war schon gekennzeichnet von den Auswirkungen obiger Direktive. Obwohl ich eigentlich auf Grund der Direktive nicht mehr hätte anreisen dürfen, mußte ich zur Klärung eines wichtigen technischen Vertragspunktes ausreisen, weil dieser eine Voraussetzung für den Vertragsabschluß war. Die Direktive verlangte von allen Werktätigen, die in nichtsozialistische Länder fahren durften, auf einem Papier durch ihre Unterschrift zu erklären, daß sie und ihre Familienangehörigen keine verwandtschaftlichen oder andere private Beziehungen zu Bürgern kapitalistischer Staaten haben, bzw. diese Beziehungen einzustellen. Den Sinn dieser in meinen Augen menschlich unwürdigen und unsinnigen Forderung habe ich nie und bis heute nicht begriffen. Wie kann eine Unterschrift auf einem wertlosen Stück Papier die wahre Einstellung eines Menschen widerspiegeln?

Trotzdem haben die meisten der betroffenen Kollegen dieses Papier unterschrieben, obwohl sie oder ihre Familienangehörigen teilweise sogar enge verwandtschaftliche Beziehungen hatten, manche leider auch nur durch ein Lippenbekenntnis. Fälle dafür sind bekannt.

Die Konsequenz für mich war, da ich das Papier aus meiner offenen und ehrlichen Einstellung heraus nicht unterschrieben habe, daß ich aus dem Kreis der NSW-Reisekader ausgeschlossen wurde. Vorher haben aber der ehemalige Parteisekretär Luck, der damalige Ökonomische Direktor und heutige Betriebsdirektor Hartphiel sowie der ehemalige Werkdirektor Jähner mit mir über das Problem der Unterschriftsleistung diskutiert. Sie vertraten alle durch ihr Wort die Meinung, daß man über bestimmte Direktiven von »oben« nicht diskutie-

ren darf, daß man sie entweder akzeptiert oder die Konsequenzen ziehen muß. Das waren und sind Methoden der mittelalterlichen Inquisition.

Wohin solches kritikloses Verhalten der Partei- und Werkleitung des Betriebes und seiner übergeordneten Organe letztendlich geführt hat, zeigt die heutige Situation in der DDR. Tausende von unseren Bürgern haben wohl auch aus solchen Gründen wie die meinen unser Land verlassen, haben ihren gesicherten Arbeitsplatz, ihre Kollegen, Verwandten und Bekannten verlassen und sind in eine ungewisse Zukunft gezogen.

Ich fordere deshalb, daß die Betriebsparteileitung und die Werkleitung im »Kranbauer« dazu Stellung nimmt und ihr damaliges kritikloses Verhalten erklärt und sich bei mir entschuldigt. Das wäre eine Grundlage dafür, daß ich und einige andere davon betroffene Kollegen wieder ihre Kraft und ihr Können in den Dienst des Betriebes und damit des Volkes der DDR stellen könnten.

BERND POMRAENKE, TKF

Wende-Sprüche vom November 1989

Tanzgruppen statt Kampfgruppen!
Plakatspruch

Wir sind keine Fans von Egon Krenz!
Plakatspruch

Stasi in die Produktion, aber ohne Stasilohn!
Plakatspruch

Es stinkt im Roten Finowtal, wie wohnt es sich auf dem Berg Herr Qual?
Plakatspruch in Eberswalde (Qual war damals Bürgermeister in Eberswalde)

Zum Beginn der Demos: *Wir sind das Volk!*
Erste Steigerung: *Wir sind ein Volk!*
Berechtigte Frage: *Was sind wir für ein Volk?*

»Die Ironie der Wende: Die Ostdeutschen haben sich einer Gesellschaft angeschlossen, die selbst einer Wende bedarf«

Zitat aus dem Buch *»Am Brückenwehr«* von Hans Cibulka

Digitale Bibliothek

Die Deutsche Digitale Bibliothek eröffnet einen faszinierenden Zugang zu unserem publizistischen und damit zugleich kulturellen Erbe. Ab sofort können kostenfrei Historische Zeitungen von 1671 bis 1950 über ein neues Onlineneportal eingesehen werden. Die Bibliothek startet mit 247 digitalisierten Zeitungen, die einen Zeitraum von fast drei Jahrhunderten umfassen: www.deutsche-digitale-bibliothek.de.

Auch die Barnimer Bürgerpost hält ab Jahrgang 2005 ihre Ausgaben digitalisiert vor (www.barnimer-buergerpost.de).

THOMAS TOBLER

Naturschutzeinsatz am Feldrand

Initiative »Ahrensfelde summt!« baut Totholzhecke weiter

Mit tatkräftiger Unterstützung aus der Ahrensfelder Bürgerschaft wurde am 16. Oktober eine bereits bestehende Totholzhecke der Initiative »Ahrensfelde summt!« um einige Meter verlängert. Mitarbeitende des Regionalparks Barnimer Feldmark e.V. unterstützten Interessierte dabei, Gehölzschnitt aus dem eigenen Garten zwischen vorher in den Boden getriebene Pfähle einzubauen. Ziel der noch nicht abgeschlossenen Aktion war und ist es, gemeinsam mit möglichst vielen Menschen den Lebensraum für Bienen und andere Tiere an einem Feldrand bei Klarahöh kontinuierlich zu erweitern.

Einen großen Teil des eingebauten Schnittgutes lieferte Heike Vogelsang aus dem benachbarten Neu-Lindenberg an. »Unsere Blutpflaume gedeiht prächtig in unserem Garten, bedrängt aber auch immer wieder unsere Terrassenüberdachung. Die Gelegenheit, das Schnittgut hier einzubauen und gleichzeitig etwas für die Natur zu

tu, finde ich toll. Vielleicht findet sich demnächst ja auch ein Platz für eine kleinere Totholzhecke in unserem Garten«, so die Unterstützerin beim Einbau der Äste und Zweige. »Die Hecke ist heute nicht fertig geworden, aber wir sind ein Stückchen weitergekommen«, stellt David Sumser, Mitarbeiter des Regionalparkvereins, nach getaner Arbeit fest. »Das ist aber auch nicht schlimm. Wir werden in Zukunft immer wieder dazu einladen, an Aktionstagen gemeinsam an unserer Benjeshecke weiterzubauen. Das ist schon alleine deswegen notwendig, weil das Holz mit der Zeit von den darin lebenden Tieren und Pilzen zersetzt wird und neues nachgelegt werden kann.«

Susanne Erbe, Gemeindemitarbeiterin und zuständig für den Bereich Umweltschutz, unterstützt das Vorhaben und ergänzt: »Durch Gemeinschaftsaktionen dieser Art möchten wir erreichen, daß sich mehr und mehr Menschen in der Gemeinde an dem Erhalt und der Gestaltung ihrer direkten Umwelt beteiligen. In Klarahöh schaffen



Foto: DAVID SUMSER

Katharina Wawra (Praktikantin) und Michel Kocerka (Mitarbeiter) beim Einbau von Gehölzschnitt (Fotograf: D. Sumser, Regionalpark Barnimer Feldmark e.V.)

wir so eine kleine Gehölzinsel, die nach und nach lebendiger werden wird. Im Schutze der Totholzhecke werden über die Jahre Sträucher und Bäume wachsen und das mit dem Zutun vieler Bürgerinnen und Bürger, die daran mitgewirkt haben!«

DAVID SUMSER

25. Barnimer Umweltpreis für das Jahr 2020:

Wild und frei, lernen in der Natur

Mit einjähriger Verzögerung aufgrund Corona und Bundestagswahl verliehen Bündnis 90/Die Grünen am 5. November zum 25. Mal den Barnimer Umweltpreis. Der Umweltpreis 2020 ist erneut mit 750 Euro dotiert und ehrt verdienstvolle Projekte und Initiativen im Natur- und Umweltschutz im Landkreis Barnim.

Die Jury hatte sich nach intensiver Diskussion bereits im Herbst 2020 für die folgenden Preisträger entschieden:

1. Preis, verbunden mit einer Prämie von 300 Euro: **Freie Naturschule Barnim**

Seit 2017 können in der Naturschule des Freien Trägers »wild frei grün e.V.« in Biesenthal Kinder im Alter von 6-16 Jahren lernen. Schon um die Genehmigung des Bildungsministeriums für die Eröffnung dieser Oberschule mit integrierter Grundschule zu erhalten, war enormes ehrenamtliches Engagement vom Gründungsteam, Eltern, Schüler und Unterstützer nötig. Inzwischen nutzt die Naturschule den Reichtum der umgebenden Natur für die Umsetzung ihres pädagogischen Konzepts, für das Lernen mit und in der Natur. Das beinhaltet für die Schülerinnen und Schüler einen großen Anteil an Draußenlernen – im Garten sowie in Wald und Flur. Es gibt mehrere feste »Waldzeiten« pro Woche, und auch die Mahlzeiten werden draußen eingenommen. So lernen die Naturschüler Pflanzen und Tiere sowie ökologische Zusammenhänge im direkten Erleben kennen. Die Achtsamkeit und Sensibilität für die Natur wird gefördert.

Einen wichtigen Platz im Schulalltag nehmen Umweltschutz und nachhaltiges Handeln ein. Ein vegetarisches Mittagessen aus regionalen und ökologischen Zutaten liefert die »Wukantina«, ein Kollektivbetrieb aus der Nähe. Snacks stammen aus dem Bioladen, mit dem

eine Kooperation besteht. Plaste wird weitgehend vermieden. Alle Schulmaterialien und Verbrauchsartikel sind nachhaltig hergestellt. In regelmäßigen Abständen ziehen die Kinder mit dem Handwagen los und sammeln den Müll von Anderen in der Umgebung ein. Dem NABU helfen sie alljährlich bei der Betreuung von Krötenzäunen. Viele weitere Projekte sind im Werden oder in Planung, z.B. die Gestaltung des Außengeländes, die Anlage eines Schulgartens und eine Reparaturwerkstatt.

Den 2. Preis, verbunden mit 150 Euro, vergab die Jury gleich zweimal an **Dieter Scheller aus Finow und an Jürgen Günther aus Wandlitz**.

DIETER SCHELLER wurde für sein jahrzehntelanges Wirken für das Wohngrün in seinem Neubauviertel in Finow vorgeschlagen. Bereits kurz nach seinem Einzug dort vor circa 45 Jahren pflanzte er Bäume und Sträucher. Seitdem kümmert er sich um Erhalt und Pflege, schleppt in Trockenperioden Wasser zu den Bäumen und versucht, andere und vor allem junge Menschen für das Grün zu sensibilisieren. Darüber hinaus reinigt er bei Notwendigkeit ehrenamtlich die Parkflächen und Containerplätze.

JÜRGEN GÜNTHER ist ein Umweltdetektiv – und das seit vielen Jahren. Gemeinsam mit seiner Hündin durchstreift er Wiesen, Felder und Wälder und spürt illegale Müllablagen und Umweltverschmutzungen auf. Diese werden akribisch dokumentiert und an die zuständigen

Behörden gemeldet. Hartnäckig bleibt er an den Fällen dran, bis eine ordnungsgemäße Entsorgung erfolgt. Bei diesem oft mühseligen und zeitraubendem Unterfangen beweist er erstaunliche Ausdauer.

Der 3. Preis, dotiert mit 100 Euro, geht an die **AG Bienen des Barnim-Gymnasiums Bernau**.

Die Bienen-AG am Barnim-Gymnasium unter Leitung der Lehrerin MAREIKE FEESER besteht seit 2 Jahren und findet in den Jahrgangsstufen 6 bis 10 großen Anklang. Die Schüler lernen, Bienen zu halten und zu pflegen, bauen verschiedene Beuten und probieren diese aus. Im Biengarten erleben sie die Jahreszeiten und lernen für Bienen wichtige Pflanzen kennen. So werden sie näher an Natur und Umwelt herangeführt und dafür sensibilisiert. Gleichzeitig leisten sie selbst einen spürbaren Beitrag zum Erhalt der Biodiversität.

Mit einer **Anerkennung** geehrt wird der **Naturwissenschaftliche Verein Eberswalde e.V.**

Der Naturwissenschaftliche Verein Eberswalde um seinen Vorsitzenden Dr. JÜRGEN MÜLLER wurde 2018 gegründet. Der Verein kümmert sich ehrenamtlich um die Erhaltung der meteorologisch-hydrologischen Station »Drachenkopf«. Diese Versuchsstation ist die älteste Lysimeteranlage der Welt für forsthydrologische Messungen. Durch die Arbeit des Vereins ist es möglich, die Anlage weiterhin für wissenschaftliche Untersuchungen zu nutzen. Gleichzeitig bewahren die Vereinsmitglieder die Geschichte der Forschung an diesem Ort durch Sammlung und Ausstellung von Materialien und durch Führungen für nationale und internationale Gäste.

Gleichzeitig mit der Verleihung des Preises für 2020 werden Bündnis 90/Die Grünen den 26. Preis für 2021 ausschreiben.

THORSTEN KLEINTEICH

Daß damals die Kleinstaaterei in Deutschland noch überwog, war natürlich zu spüren, aber der Euphorie bei der Gründung immer weiterer Eisenbahngesellschaften tat das keinen Abbruch. Die Regionen rund um Berlin profitierten von der wirtschaftlichen Entwicklung durch die stark wachsende Berliner Industrie. Die dadurch entstehenden Verkehrsbeziehungen wuchsen an und mußten befriedigt werden.

Der historische Werdegang der Eisenbahnen ist eng an wirtschaftliche, aber auch politische Gegebenheiten geknüpft. Entwicklungen und Veränderungen eines Verkehrssystems, wie es die Eisenbahn darstellt, sind auf Grundlage äußerer und sich ständig verändernder Einflüsse und Bedürfnisse unausweichlich. Sowohl Menschen mit visionären Vorstellungen zur Schaffung eines gesamthaften Eisenbahnnetzes, als auch diejenigen, die letztlich die Eisenbahnstrecken in den Regionen errichteten, sind dabei zu erwähnen. Nicht umsonst spricht man noch heute von den »Eisenbahnpionieren« aus jener Zeit, und man würde sich heute noch manchmal solche für das energiesparsame und umweltschonende Verkehrsmittel Eisenbahn Eintretende Visionäre wünschen – auch in der Uckermark!

Nach dem Bau der beiden von Berlin nach Norden ausgehenden Hauptstrecken, der *Stettiner Bahn* über Eberswalde und Angermünde (1842/43) und der *Nordbahn* über Löwenberg – Neustrelitz (1877), blieben aber noch immer große Teile der Uckermark ohne Bahnananschluß. Erst im Jahr 1888 war Templin von Löwenberg aus per Bahn erreichbar. Es sollte noch weitere elf Jahre dauern, bis die nach Prenzlau verlängerte Strecke im März 1899 eröffnet werden konnte. Endlich bestand damit auch eine Querverbindung zwischen den beiden Hauptbahnen in Richtung Ostsee. Mit der Inbetriebnahme der Streckenabschnitte Eberswalde-Britz-Templin und Templin-Fürstenberg 1898/99 war Templin zu einem Eisenbahnknoten herangewachsen, dessen Bedeutung in den kommenden Jahrzehnten zunehmen sollte. Sämtliche im »*Templiner Eisenbahnkreuz*« damals vorhandenen Eisenbahnstrecken waren nach Maßgabe des damaligen preußischen Staatsbahnwesens allerdings von Anfang an als »*Sekundär*«- bzw. Nebenbahnen errichtet worden.

Die Auswirkungen beider Weltkriege gingen auch an der Strecke Templin-Prenzlau nicht spurlos vorüber. Nach einem im Zuge von Reparationsleistungen 1945 erfolgten Abbau der Gleisanlagen zwischen Templin und Prenzlau wurde dieser Abschnitt erst 1953 wieder aufgebaut und mit einer im Raum Prenzlau veränderten Trassenführung in Betrieb genommen. Als Querverbindung zwischen den beiden Hauptstrecken von Berlin nach Norden hatte die Strecke zunächst auch strategische Bedeutung für die damalige sowjetische Besatzungszone bzw. spätere DDR. Dafür wurden neben einer – auch von Schnell- und Güterzügen ge-

Die Eisenbahn von Templin nach Prenzlau (Teil 1)

Im Wandel der Geschichte

Die Eisenbahn ist untrennbar mit dem 19. Jahrhundert verbunden und wird gern als Motor der Geschichte bezeichnet. In diesem Jahrhundert wurde die Mobilität wieder einmal neu erfunden und es war damals nicht der Individualverkehr, der dann das darauffolgende 20. Jahrhundert revolutionieren sollte, sondern die sich rasch entwickelnde Wirtschaft, die einen enormen Transportbedarf hinsichtlich Lieferung von Rohstoffen zur Fertigung und anschließenden Verteilung der erzeugten Waren hatte und damit Handel und Wandel erzeugte.

nutzten – direkten Anbindung der Strecke an die Hauptbahn nach Stralsund unter Umgehung des Bahnhofes Prenzlau zusätzliche Verbindungskurven im »*Templiner Kreuz*« errichtet, die nur im militärischen Ernstfall zu aktivieren waren.

Einen Aufschwung sollte es noch einmal in den 1970iger Jahren geben, als die Strecke für die Befahrung mit höheren Achslasten ertüchtigt und mittels Einbau sogenannter EZMG-Stellwerken die Rationalisierung auch auf Nebenbahnen der damaligen Deutschen Reichsbahn (DR) umgesetzt wurde. Bahnhöfe der Strecke wurden mit dem Bau örtlicher Relaisstellwerke einer grundhaften Erneuerung unterzogen und die alte mechanische Stellwerkstechnik konnte durch elektrisch angetriebene Weichen und Signale ersetzt werden. Leider sprachen anzuwendende Restriktionen gegen eine sofortige und trassierungstechnisch auch mögliche Anhebung der Streckengeschwindigkeit, so daß mit einer Höchstgeschwindigkeit von 60 km/h das Angebotsniveau für den Reiseverkehr unverändert unattraktiv blieb, was sich – trotz einiger in Templin haltender und von Fahrgästen auch gern genutzter Ostseebäderzüge – nicht zuletzt in einer relativ geringen Gesamtzahl im Fahrplan angebotener Fahrten äußerte. Dagegen hatte der Güterverkehr im Templiner Eisenbahnkreuz bis zur Wende 1990 eine wesentlich größere Bedeutung.

Jener – von vielen Menschen herbeigesehnte – politische Umbruch sollte dann aber sehr schnell zu gravierenden Auswirkungen im gesamten Nebenstreckennetz der früheren Deutschen Reichsbahn führen. Mit der Privatisierung der beiden deutschen Staatsbahnen im Jahr 1994 sowie der Regionalisierung des Nahverkehrs 1996 waren leider nicht nur positive Entwicklungen für die Eisenbahn verbunden. Hoher Nachholebedarf im Nebenbahnnetz, verursacht durch eine Vielzahl von Mängeln und überwiegend unattraktiven Geschwindigkeiten, oft fehlender verkehrspolitischer Ausbauwille sowie nicht ausreichend zur Verfügung stehende Finanzmittel wurden gemeinsam mit der geradezu explosionsartig anwachsenden Motorisierungswelle zur Katastrophe für die Nachfrage im Eisenbahnnebennetz. Das führte gerade in den dünner besiedelten Regionen im Land Brandenburg zu einem Abbestellen von Eisenbahnverkehrsleistungen durch den landesseitig für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zuständigen Aufgabenträger und anschließend zur Stilllegung von Strecken.

Insbesondere der nördliche und touristisch reizvolle Teil der Uckermark ist davon in hohem Maße betroffen. Auch die Strecke Templin-Prenzlau konnte diesem Schicksal nicht entgehen. Im Jahr 2000 wurde der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zwischen Templin Stadt und Prenzlau abgestellt und die Strecke einige Jahre danach stillgelegt. Auch der spätere Verkauf an einen Betreiber von Draisinenbahnen konnte ihren Weiterbestand nicht sichern. Erschwerend hinzu kam mangelndes kommunales Interesse an einem Weiterbestand bzw. der Sicherung der Trasse. So wurde sie nach einem eisenbahnrechtlich vorgeschriebenen Verfahren im Jahr 2012 von Bahnbetriebszwecken freigestellt bzw. als Bahnanlage »*entwidmet*«. Noch vorhandenes Gleismaterial und Signalanlagen wurden abgebaut und früheres Bahngelände überwiegend an Privatpersonen weiterverkauft, was einen eventuellen späteren Wiederaufbau nicht gerade erleichtern dürfte.

Der aktuell vorgesehene und beschlossene Umbau der Bundesstraße B 109 im Bereich Templin-Fährkrug sieht die »*Überbauung*« der dort noch immer vorhandenen Bauwerke der früheren Bahntrasse (Eisenbahndamm und zwei Brücken) vor, was nichts anderes als deren Abriß und damit den endgültigen und finalen Todesstoß für die Option Eisenbahn zwischen Templin und Prenzlau bedeuten würde – und zwar für alle Zeiten, für alle nachfolgenden Generationen, und sollten diese ein noch so dringendes Bedürfnis für einen Wiederaufbau der Bahn zwischen Templin (Stadt) und Prenzlau erkennen. Denn bei einer nachträglichen Wiedererrichtung der Strecke erst nach dem erfolgten Umbau der B 109 würden die dann erneut notwendigen und absehbar massiven baulichen Eingriffe und die allein schon dadurch punktuell am Fährkrug zu erwartenden Kosten das gesamte Vorhaben so extrem verteuern, daß wohl niemand mehr ernsthaft in Erwägung ziehen würde, die Strecke jemals wieder aufzubauen. Dies ist nicht zuletzt in hohem Maße fragwürdig angesichts des Umstandes, daß im Land Brandenburg derzeit noch Potentialuntersuchungen zu möglichen Streckenreaktivierungen einschließlich der Strecke Templin-Prenzlau stattfinden, diesbezügliche Ergebnisse noch gar nicht bekannt sind, geschweige denn diskutiert werden konnten – aber trotzdem im Falle von Templin-Prenzlau am Fährkrug vorab schon vollendete und einen Wiederaufbau verhindernde Tatsachen geschaffen werden!

MATTHIAS KOCH und KLAUS HILPERT

Friedensstatue vor dem Abriss? *Frieden und Freundschaft*

Streit um ein Denkmal für die »Trostfrauen« in Berlin

Seit es Kriege auf dieser Welt gibt, sind Frauen und Mädchen in besonderer Weise von ihnen betroffen. In der jüngeren Vergangenheit hörten wir von systematischen Vergewaltigungen in den Kriegen im einstigen Jugoslawien, den entführten Mädchen in Nigeria, den versklavten Jesidinnen... Immer waren Frauen und Mädchen die Opfer, Leidtragende, zerstörte Seelen in den von Kriegen zerstörten Ländern. Als Opfer von Vergewaltigungen später oftmals auch von den eigenen Leuten ausgestoßen.

Unser verstorbene Mitglied ARNULF PIONTHEK brachte uns mit einem vergangenen Verbrechen gegen Mädchen und Frauen in Berührung. Vor 80 Jahren war das japanische Kaiserreich, seit 1936 im sogenannten »Antikomintern-Pakt« mit dem faschistischen Deutschland verbunden, angetreten, ganz Asien zu erobern. Korea war schon seit 1905 japanische Kolonie und diente seit den 1930er Jahren als Ausgangsbasis für die japanische Expansion in China. Sämtliche Ressourcen des Landes wurden in den Dienst der japanischen Eroberungskriege gestellt. Dabei wurden nicht nur Arbeitskräfte, Rohstoffe und alles, was Landwirtschaft und Industrie hergaben, für die Kriegsmaschine akquiriert. Ein besonders perfides Verbrechen verübten die japanischen Herrscher an rund 200.000 Koreanerinnen, die als »Trostfrauen« zur Zwangsprostitution in japanischen Soldatenbordellen gezwungen wurden. Sie wurden mißbraucht und verbraucht. Ihnen wurden das Leben, die Menschenwürde, die Moral, die Selbstbestimmung genommen. Sie wurden geraubt, eingesperrt, geschlagen, vergewaltigt, gequält und vom japanischen Militär ermordet.

Auch heute, nach vielen Jahrzehnten, ist dieses Unrecht noch ungesühnt.

Im Gegenteil, dieser Teil der Geschichte wird energisch verleugnet. Die Töchter, die Enkelinnen und deren Kinder kämpfen seit Jahren dafür, die Verbrechen der japanischen Soldateska im II. Weltkrieg an den Frauen in Gesamtkorea bekanntzumachen. Mit Worten, Schriften und Denkmälern versuchen sie vielfach, an diese schrecklichen Taten zu erinnern und sie damit öffentlich zu verurteilen.

In vielen Ländern der Welt stehen Denkmäler zum Gedenken an die geschändeten, ermordeten koreanischen »Trostfrauen«. Auch in Berlin stellten die Erben im Spätsommer 2020 einen derartigen Gedenkort her, zunächst mit der Genehmigung für ein Jahr. Doch die Friedens-Statue an einer Straßenecke in Moabit rief die japanische Regierung auf den Plan, wie schon vorher bei ähnlichen Denkmälern in Freiburg und Sanfrancisco. Japans Außenminister Toshimitsu Motegi intervenierte deswegen beim BRD-Außenminister Heiko Maas und der reichte das durch zur SPD-geführten Senatskanzlei in Berlin. Der grüne Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel knickte ein. Das Bezirksamt zog die Genehmigung wegen einer »konkreten Störung der guten Beziehungen Deutschlands zu Japan« zurück und verlangte die Entfernung des Denkmals.



FOTO: SAGAEHRMIT (CREATIVE COMMONS ATTRIBUTION-SHARE ALIKE 4.0 INTERNATIONAL)

Die Friedensstatue Trostfrauen in Berlin-Moabit wurde im Sommer 2020 aufgestellt. Sofort folgte ein Shitstorm der japanischen Regierung, auf deren Drängen die verantwortlichen Stellen im Bezirksamt den Abriss verlangte. Nach Protesten beschlossen die Bezirksverordneten mehrheitlich den dauerhaften Verbleib. Aber das Bezirksamt windet sich nach wie vor...

Es folgten Demonstrationen, Kritik von Wissenschaftlern und auch aus Japan selbst sowie eine Online-Petition. Mit Erfolg: Im Dezember 2020 beschloß die Bezirksverordnetenversammlung, das Denkmal mit einer veränderten Begleittafel, die auf sexualisierte Kriegsgewalt generell hinweist, perspektivisch dauerhaft zu genehmigen.

Dennoch verlängerte das Bezirksamt die Genehmigung zunächst nur bis September 2022. Und auch die lautstarken Drohungen der japanischen Regierung gehen weiter. So bezeichnete Japans Kabinettssekretär Katsunobu Kato die Friedensstatue Anfang September als »nicht akzeptabel« (Tageszeitung *The Mainichi*, 6.9.2021). Und auch das Bezirksamt assistiert weiterhin. So fand die zuständige Stadträtin Sabine Weißler (Grüne) heraus, daß eine Verlängerung über den September 2022 rechtlich nicht möglich sei, weil der dauerhaften Errichtung eines Denkmals ein Kunstwettbewerb vorausgehen müsse (TAZ, 10.9.2021).

Wie hier mit der Erinnerung an die geschundenen, vergewaltigten, ermordeten Frauen umgegangen wird und welche Rolle dabei Amtsträger von SPD und Grünen spielen, spricht Bände. Wie bedauerlich für das Ansehen der BRD in der Welt.

KARL DIEDRICH, Studiengruppe – Korea

Als Kinder hatten wir Unterschriften gegen den Abwurf der Atombombe gesammelt. In der Schule hatten wir damals, unmittelbar nach dem Krieg, kein Sport, Musik, Biologie, Chemie und Physik. Lehrer, Pädagogen, Mediziner und Wissenschaftler fehlten überall. Der Krieg hatte alles kaputtgemacht.

Wir hatten großes Glück mit unserem Staatspräsidenten Wilhelm Pieck. Der Dichter Johannes R. Becher war ein gutes Aushängeschild für den Frieden und die Völkerfreundschaft in Europa. Immer wieder ließ sich die Jugend in in der ganzen Republik zu neuen großen Taten mobilisieren. Projekte wie »Max braucht Wasser«, die Urbarmachung der Wische, der Bau der Rappbode-Talsperre oder des Rostocker Überseehafens sind Beispiele dafür. Ausdruck für die Begeisterung waren die Deutschland-Treffen der Jugend, die Paramente und die Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin 1951 und 1973.

Was auch sehr wichtig war, insbesondere nach der Wiederbewaffnung Westdeutschlands und der Einbindung der BRD in das westliche Kriegsbündnis, war der Schutz und die Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik. Unsere Begeisterung war so groß, daß wir uns zweimal zur KVP* verpflichtet hatten, in der Berufsschule und dann auf der Kreisdelegiertenkonferenz der FDJ.

Unser Anliegen war damals und ist es heute, für die Erhaltung des Friedens beizutragen.

Es lebe der Frieden. Es lebe die Freundschaft zwischen den Völkern.

NORBERT GLASKE

* Kasernierte Volkspolizei, Vorläufer der Nationalen Volksarmee (NVA)

StartupLab

Seit August gibt es an der Fachhochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) ein neues Förderprojekt im Bereich Gründung – das StartupLab. Es schafft wissenschaftlich-technische Rahmenbedingungen für die Förderung unternehmerischen Denkens und einer praxisnahen Gründungskultur. Modern und multisensorisch ausgestattet, bietet das StartupLab auf mehr als 150 m² einen Kreativbereich, einen Co-Working-Bereich sowie einen Technikbereich und damit viel Raum zur Entwicklung von kreativen und innovativen neuen (Gründungs-)Ideen.

In Zusammenarbeit mit regionalen Praxispartnern werden neue Forschungs- und Gründungsfreiräume aufgebaut, die Kreativität und Innovationen befördern. Die gründungsunterstützenden Strukturen der HNEE sollen so besser regional vernetzt und praxisnäher werden. Neue dezentrale Innovationsstandorte machen es möglich, Gründungsaktivitäten in der Region in dafür geeigneten Kreativumgebungen, mit direktem Kontakt zur Praxis, nachzugehen.

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 14):

Als der gar nicht böse Herr Böse böse wurde

Die Bezeichnung »Der Modderrabe, oder Kohlen-Munk« traf auf den Kohlenschipper Böse zu. Er war ein kleiner kräftiger Mann, nicht besonders intelligent und immer sehr schmutzig anzuschauen. Seine Tätigkeit bestand in der Ortsveränderung einer vollen Schippe von Kohlen von der Straße in den Kohlenkeller. Seine Schaufel hatte ein besonders großes Schild, in heutiger Sprache würde man die Größe des Schaufelschildes mit XXL bezeichnen. In den 1970er Jahren gab es in allen größeren Betrieben Hofarbeiter. Das waren Arbeitskräfte, für die sich jede andere Tätigkeit als ungeeignet erwies. Sie hatten oft nicht einmal den Abschluß einer 8. Klasse, obwohl sie acht Jahre lang zur Schule gingen. Trotzdem leisteten sie ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung der betrieblichen Ordnung und sie hatten ein geringes, aber sozialversichertes Einkommen, das ihnen die Existenz sicherte.

In diese Kategorie von Werkträgern fiel Herr Böse. Einen sozialen Aufstieg mit höherem Einkommen gab es für die Angehörigen dieser Berufsgruppe nicht. Erst mit dem Anschluß an die BRD ergaben sich für solche Personen neue Möglichkeiten. Einer von denen wurde sogar Landtagsabgeordneter, er kam übrigens aus Eberswalde, aber bei dem hat es andererseits nicht zum Original gereicht. Herr Böse schippte seine Kohlen in den 70er Jahren. Damals war für öffentliche Gebäude das Heizen mit Rohbraunkohle der Standard, mit der entsprechenden riesigen Menge. Die Kohleladungen landeten per LKW meistens auf die Straße und mußten dann irgendwie in den Heizungskeller befördert werden. Während man im Westen dafür Türken ins Land holte, verrichteten bei uns solche Tätigkeiten Hofarbeiter, wie eben der Herr Böse.

Die Tätigkeit war natürlich recht schmutzig. Seine Arbeitskleidung strotzte nur so von Kohlenstaub, und das Gesicht, ursprünglich recht blaß, war bei dieser Tätigkeit schwarz verschmiert und immer hinter Kohlenstaub verborgen. So kannten ihn die Eberswalder, und so lief er durch die Straßen.

Zusätzlich auffallend war jedoch die Frau, neben der er gelegentlich herdackelte. Diese war von stattlicher Natur, überragte ihn um 1,5 Kopflängen und ging immer ca. 1 m entfernt neben ihm. Sie war seine Ehefrau, und beide hatten mehrere gemeinsame Kinder. Die Ehefrau war nicht modisch, aber ordentlich und

sauber angezogen, und sie schimpfte sehr laut und ununterbrochen auf ihren Begleiter. Dieser verhielt sich wie der begossene Pudel und ließ alles über sich ergehen. Wie diese beiden zusammenpaßten, war rätselhaft.

Familie Böse wohnte in einem der Behelfseigenheime in der Saarstraße in Ostende, dort, wo heute komfortable Eigenheime stehen, an der Stelle, wo sich die Obushaltestelle Karl-Bach-Str. befindet.

Dieser Ort ist für eine Geschichte wichtig. Eines Morgens so gegen 5 Uhr warteten an dieser Obushaltestelle die Arbeiter vom »Raw« auf den Obus, als die Wartenden plötzlich den Herrn Böse erblickten – rennend, verfolgt von seiner mächtigen Ehefrau. Diese hatte sich mit einem Kleiderbügel bewaffnet und beabsichtigte offenbar, den Ehemann damit zu verprügeln. Einer der wartenden Arbeiter griff nun mit Worten in die sich anbahnende Konfliktsituation ein, worauf der flüchtende Herr Böse sich umdrehend an den einmischenden Fahrgast mit den Worten wendete: »Was geht Sie das an, meine Frau kann mit mir machen, was sie will!« Ob der Herr Böse nach diesem Vorfall noch von seiner Frau die angedrohten Schläge einfiel, ist nicht überliefert.

Aber nicht immer endete ein Streit zwischen diesem Ehepaar unblutig, wie der folgende Vorfall zeigt. Die Behelfseigenheime in denen die Familie Böse wohnte, verfügten über einen kleinen Garten, in dem die Familie Böse beispielsweise Kartoffeln anbaute. Übriges wohnte

auch der bereits in dieser Artikelserie behandelte Erich Bischoff (Folge 1) zeitweise in einem dieser Behelfseigenheime, dessen Minigarten er als Schrottplatz nutzte.

Die Ehefrau vom Herrn Böse demütigte ihren Gatten regelmäßig in der Öffentlichkeit. Eines Tages gab es in der seiner Wohnung gegenüberliegenden Gaststätte »Bambusritze«, offiziell hieß diese Gaststätte »HOG Zum Schellengrund«, wieder Probleme mit dem Wasser. Die »Bambusritze« war eine Holzbaracke mit massivem Keller. Bei ergiebigen Regengüssen lief der Keller immer voller Wasser. Zum Leerschöpfeln des Kellers wurde der Kohlen-Munk gerufen, und er erfüllte auch seine Aufgabe.

Dieses Mal dauerte es jedoch länger als eingepplant. Zur Belohnung spendierte ihm der Gastwirt ein Glas Bier. Zuhause sollte Herr Böse jedoch die Kartoffeln ernten, eine Tätigkeit, zu der ihn seine Frau verurteilt hatte. Diese betrat nun wutentbrannt die Gaststätte, um ihren Bier trinkenden Ehemann an die zugewiesene Arbeit zu holen. Dabei riß nun dem Kohlenschipper der Geduldssaden, er schlug mit der Kartoffelhacke auf seine Ehefrau ein, und verletzte sie am Fuß. Wochenlang sah man diese dann mit einem dicken Verband.

Aber schon Anfang der 80er Jahre sah man den Modderraben nicht mehr in Eberswalde. Seine Tätigkeit ist schließlich doch durch Technik ersetzt worden.

ARNOLD SCHREIBER-SCHIEFERDECKER

Über die Nachteile der Gelben Tonnen

Die Gelbe Tonne soll es nun richten und die bislang praktizierte Abholung der Gelben Säcke ablösen. Die angebliche Notwendigkeit des Wechsels wird vehement begründet: Da fliegen zerrissene Plastesäcke nur so durch die Gegend und verschandeln die Umwelt!

Wer mit offenen Augen durch die Gegend läuft, sieht, daß dies tatsächlich nur Einzelfälle sind. Und diese resultieren meist daraus, daß die Säcke bereits am Vorabend zur Abholung bereitgestellt und in der Nacht von Tieren bei Nahrungssuche zerrissen werden. Darauf kann man sich aber einstellen, oder?

Das langjährige Argument der Entsorger, durch die transparenten Säcke sei es möglich, den Inhalt zu erkennen und bei falscher Befüllung die Säcke nicht zu entsorgen (was wirklich auch erfolgte), wurde offensichtlich von den Befürwortern der zusätzlichen Tonne still-

schweigend mit »entsorgt«. Jetzt wird diese Kontrollmöglichkeit beerdigt. Jeder Müll kann sich nun in den Tonnen wiederfinden. Wie viele hunderte Gelbe Säcke können eigentlich aus dem Material für eine Tonne hergestellt werden? Wird hier wirklich etwas eingespart?

Während die Entsorgung über die Müllsäcke hygienisch recht sauber erfolgt, werden sicherlich auch aus den Gelben Tonnen, wie schon vielfach bei den Braunen Tonnen beobachtet, die Maden quellen. Die längeren Zeiträume zwischen den Entsorgungen tragen natürlich dazu bei. Aber wir brauchen ja auch dringend Herde für das Entstehen neuer Krankheitskeime, wir haben ja sonst keine Sorgen.

Und die verschmutzten Tonnen müssen natürlich regelmäßig gereinigt werden auf dem Grundstück. Die Bodenflächen freuen sich schon.

Sicherlich werden viele vorsorglich die Inhalte für diese Tonne extra in kleine Plastebutel stecken. Das Anliegen von Plastikmüllvermeidung wird dadurch konterkariert.

Und natürlich ist das Platzproblem für die Tonnenaufstellung eine berechtigte Frage, auf die hingewiesen wird. Nun stehen schon vier Tonnen auf dem Grundstück und ein Ende ist nicht absehbar. Wer gibt den Abfallentsorgern eigentlich das Recht, über die Nutzung meiner Grundstücksfläche zu bestimmen?

Sehr schön ist auch in dem MOZ-Artikel vom 27. Oktober die Argumentation zur Papierentsorgung und -verwertung. Man hätte nur nicht auf der Kinderseite 24 eine Überschrift »Papier ist knapp und teuer« verwenden sollen. Zum Glück lesen die Kinder jedoch noch nicht die Seiten vorher, oder doch?

HEIKO HAASE

Der Verein Kunstbrücke Panketal e.V. präsentiert:

Die jüdischen Bewohner in Zepernick

Autorenlesung und Gespräch mit Walter Seger am 11. November

Es bedurfte nicht erst des Vorkommnisses in einem Leipziger Hotel, um deutlich zu machen: Jüdisches Leben in Deutschland scheint für viele Menschen leider keine Selbstverständlichkeit zu sein. Der Autor Walter Seger hat in Zusammenarbeit mit dem Panketaler Geschichtsverein »Heimathaus« e.V. ein Buch mit dem Titel »Die jüdischen Bewohner in Zepernick 1933 – 1945« geschrieben. Dieses Buch möchte an die Entrechtung, Verfolgung, Vertreibung und Verschleppung der jüdischen Bevölkerung aus Zepernick in den Jahren 1933 – 1945 erinnern (vgl. BBP 2/2021).

Nur wenigen Menschen sind die in diesem Buch geschilderten Sachverhalte bekannt. Der Autor möchte dazu beitragen, daß Vergangenes nicht vergessen wird – auch indem er Parallelen zu aktuellen Ereignissen aufzeigt und analysiert. Die oft unzulängliche juristische Aufarbeitung des Unrechts und die zur Farce geratenen Entnazifizierungsverfahren im (westlichen) Nachkriegsdeutschland sind ein weiteres Thema dieses Buches. Schlußstrich! Vergessen! Nicht wieder aufrühren! Doch ist das eine Lösung? Nur lebendige Erinnerung schützt vor Wiederholung!

Der Autor hat in besonderem Maße die Ereignisse während des Nationalsozialismus in der kleinen Gemeinde Zepernick aufgearbeitet. In der nun vorliegenden Publikation hat er die jüdische Bevölkerung dieser Gemeinde in Erinnerung gerufen. Hat die Schicksale und den Leidensweg der Verfolgten, soweit möglich, nachgezeichnet.

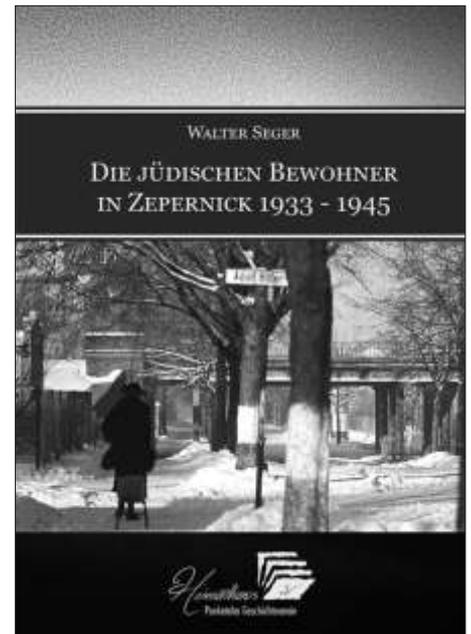
Der Autor konnte auf die umfangreichen Recherchen des ehemaligen Ortschronisten von Zepernick, Dr. ROLF GERLACH (1935-2021), zurückgreifen. Durch seine Pionierarbeit in der Phase der gesellschaftlichen Neuorientierung der 1990er Jahre hat er manch wert-

volle Hinweise und Hintergrundinformationen beige-steuert. Die von Rolf Gerlach geführten Interviews mit Zeitzeugen und seine Untersuchungsergebnisse waren eine wichtige Quelle für das Gelingen dieses Buches.

Besonderer Dank kommt an dieser Stelle MARTIN JEHLLE zuteil, der durch seine wertvolle Vorarbeit in Form von Interviews und einer Stolpersteinverlegung wichtige Grundlagen legte. Er hat vor einigen Jahren bereits das Thema »Jüdische Bewohner in Zepernick« an die Oberfläche gehoben und dabei auf einen blinden Fleck in der jüngeren Geschichte Zepernick hingewiesen. Nicht zuletzt konnten der Fundus des Geschichtsvereins für dieses Thema vom Autor als Quelle genutzt werden.

Im Besonderen hat der Autor dazu in einem Extra-Band mit dem Titel: »Wider das Vergessen – Benning — Bardach — Gutfeld« das Schicksal des Zepernickers Journalisten Wolfgang Benning und seiner Familie aufgearbeitet. Auch dieses Buch wird am 11.11.2021 in der Veranstaltung vorgestellt. Wir freuen uns, Angehörige der Familie Benning vor Ort begrüßen zu können.

Anschließend wird es die Möglichkeit zu einem Gespräch geben. Insbesondere sind auch



Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 2 angesprochen und eingeladen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

**Donnerstag, 11. November 2021, 19 Uhr
Aula der Grundschule Zepernick
Schönerlinder Str. 47, 16341 Panketal
Eintritt: 7 Euro (Schülerinnen und Schüler haben freien Eintritt)**

Das Buch »Die jüdischen Bewohner in Zepernick 1933 – 1945« ist zum Preis von 10 Euro als Book on demand erhältlich: <https://www.bod.de/buchshop/die-juedischen-bewohner-in-zepernick-1933-1945-walter-seger-9783752644487>

Außerdem bestellbar in jeder Buchhandlung sowie bei allen bekannten Online-Buchhändlern. ISBN: 9 783 752 644 487

THORSTEN WIRTH

Ein guter Tag für Brandenburger Adler

Auffällig oft werden seit 2013 – von Menschenhand verursacht – mutwillig die Horste von Greifvögeln in der Nähe von uckermärkischen Windanlagengebieten zerstört.

Die Landtagsfraktion von BVB/Freie Wähler beantragte deshalb eine Verbesserung der Schutzmaßnahmen für Horste bedrohter Greifvogelarten in der Nähe von geplanten und vorhandenen Windeignungsgebieten. Einen entsprechenden Änderungsantrag zum Haushalt 2022 übernahm nun die Koalition und die Landesregierung erklärte in der jüngsten Sitzung des Umweltausschusses, dies umzusetzen.

Mit mehr als 190 Paaren leben in Brandenburg knapp ein Drittel der Seeadler Deutschlands. Zudem fühlen sich rund 20 Prozent der deutschen Schreiadler und sogar mehr als die Hälfte der Fischadler bei uns heimisch. Doch offenbar ist nicht jeder erfreut über die Anwesenheit der »Könige der Lüfte«. Seit acht Jahren steigt die Zahl der dokumentierten Fälle von Horsterstörungen kontinuierlich an. Auffällig oft erfolgt der Großteil der zerstörten Nistplätze im direkten Umfeld und im zeitlichen Zusammenhang mit ausgewiesenen und geplanten Windeignungsgebieten. So sind Anträge

für den Neubau von Windkraftanlagen im Umkreis von drei Kilometern um die Horste bedrohter Greifvogelarten wie See-, Fisch-, und Schreiadler nicht genehmigungsfähig. Ein Zusammenhang ist denk- und erkennbar. Unserer Fraktion liegt der Schutz dieser Tiere besonders am Herzen. Darum wurde die Landesregierung bereits im Frühjahr 2021 von uns aufgefordert, Nistplätze der drei Adlerarten auch gesetzlich besser zu schützen.

Mit unserem Haushaltsantrag auf eine »Rundum-die-Uhr-Videoüberwachung« der Horste von Fisch-, See- und Schreiadler in bzw. in unmittelbarer Umgebung von Windeignungsgebieten konnten wir nun einen nicht unerheblichen Erfolg für die nachhaltige Bewahrung der Adlerbestände verzeichnen. In Zukunft werden 150 Überwachungskameras für die Sicherheit der Tiere und ihres Nachwuchses sorgen. Ein erster Schritt in eine gesicherte Zukunft für Brandenburgs große Greifvögel.

CHRISTINE WERNICKE, MdL

Volkstrauer am Wasserturm

Wie in den letzten Jahren findet auch in diesem Jahr das Gedenken am Volkstrauertag im Ehrenhof des Finower Wasserturms statt. Wem es ein Bedürfnis ist, daran teilzunehmen, ist am Sonntag, 14.11., um 14 Uhr herzlich willkommen.

RINGO WRASE, Vorsitzender SPD Finow

Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Fragen zum Rentenbescheid? Hier ist Klärung möglich: Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt kostenfreie Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Die nächsten Termine bei der Volkssolidarität Barnim:

Eberswalde, Wohnanlage am Richterplatz (Mauerstr. 17) am 10.11. und 8.12., 10-12 Uhr.

Biesenthal, Begegnungsstätte (August-Bebel-Str. 19) am 10.11. und 8.12., 13-15 Uhr.

Bernau, Begegnungsstätte (Sonnenallee 2) am 17.11. und 15.12., 10-15 Uhr.

Bitte unbedingt anmelden bei Frau Nikitenko unter Tel. 03338/8463. Änderungen vorbehalten.

ANDREA HOEHNE

Allen Opfern des Corona-Virus gilt unser tief empfundenes Mitgefühl

Wir trauern mit Euch. Vorstand, Redaktion, Leserinnen und Leser der Barnimer Bürgerpost sind bestürzt und leiden darunter, daß es nicht gelang, Leben und Gesundheit unserer Mitmenschen zu schützen. Ihren Angehörigen und Freunden wollen wir in Ihrem Schmerz beistehen. Unser Mitgefühl ist auch bei den vielen Kranken, die eine Corona-Infektion überwinden und mit deren langwierigen Folgen kämpfen. Unsre Anstrengungen waren offensichtlich nicht ausreichend, um die Ausbreitung des Corona-Virus wirksam und schnell zu begrenzen. Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen. Wir verstehen den Unmut der Werktätigen, Kinder und Jugendlichen sowie aller anderen, die mit Einschränkungen ihres gewohnten Lebens umgehen müssen. Zum Schutz unserer Mitmenschen wollen wir uns trotzdem künftig noch mehr anstrengen. Mit besserer Hygiene, genügend Abstand und aufmerksamer Rücksicht können alle beitragen. Beschränkungen unseres gewohnten Lebens sollten wir in Kauf nehmen, um Leben und Gesundheit unserer Mitmenschen zu schützen. Haltet inne und besinnt Euch auf das Leben.

Vorstand und Redaktion der Barnimer Bürgerpost

Einladung
zur Eröffnung der
Bildungs- und Aktionswoche gegen
Antisemitismus
"Geiber Stern" 2021
Montag, den 22. November 2021 um 16.00 Uhr
Ort: Stadthalle am Steiner, Hausstr. 16321 Barnau bei Berlin
Die Veranstaltung wird musikalisch und kulinarisch umrahmt.
Teilnahme nur mit Voranmeldung bis 10. November 2021.
Der Eintritt ist frei. Plätze sind begrenzt!
Kontakttelefon: 0176 77 222 777, E-Mail: jcczusammenarbeit@mal.ru
Diana Sandler
Beauftragte gegen Antisemitismus und Beauftragte für den Dialog mit den Religionsgemeinschaften im Land
Brandenburg Landesverband der Jüdischen Gemeinden (Land Brandenburg KdöR)
Veranstaltung Jüdische Gemeinde Ludwigs-Land Brandenburg e.V.
Kooperationspartner
BAMGA
Bundesverband der Migrantenorganisationen
gegen Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit
DaMoSt
Mit freundlicher Unterstützung und Förderung durch:
Jüdische Gemeinde Ludwigs-Land Brandenburg e.V., Tolerantes Brandenburg, etc.

Was heißt hier Verantwortung?

Die Frauen, die in diesem Land in führenden Positionen wirken und von Verantwortung reden, wissen nichts von Verantwortung für den Erhalt des Friedens. Haben sie vergessen, wie Hitler die Sowjetunion angriff, ein riesengroßes Land mit elf Zeitzonen und 22 Millionen Quadratkilometern, und scheiterte? Vorher hatte das schon Napoleon erfahren. Alle müßten doch erkennen, daß es sich mit Rußland nur in einer friedlichen Koexistenz leben läßt. Ich hetze ja meinen Dackel auch nicht auf einen Schäferhund.

Am sogenannten Volkstrauertag wird auch in diesem Jahr wieder an die im Weltkrieg Gestorbenen erinnert. Es war November, als in Stalingrad die Armeen des Generalfeldmarschall Paulus, 360.000 Soldaten und Offiziere, von den Truppen der Roten Armee eingekesselt wurden. Es waren noch 108.000, die zweieinhalb Monate später mit Paulus in

Gefangenschaft gingen. Nur 6.000 kehrten nach dem Krieg in ihre Heimat zurück. Hunger und die Kälte im Kessel hatten die meisten so geschwächt, daß sie schon den Weg in die Kriegsgefangenenlager nicht überlebten.

Zahllose Menschen starben, um die viel geweiht wurde und deren Können und Wissen nach dem Krieg fehlten. In Rußland und Deutschland gibt es viele Familien, von denen die Männer aus dem Krieg nicht zurückkehrten. Mein Bruder hat seinen 18. Geburtstag nicht erlebt und mein Vater wurde keine 50 Jahre alt. Die Frauen hatten es sehr schwer – allein mit 3 oder 4 Kindern.

Die Frauen, die jetzt noch als Kanzlerin und Kriegsministerin Verantwortung tragen, wissen davon offenbar nichts. Sie haben aus der Geschichte nicht gelernt. Und ignorieren, daß ein 3. Weltkrieg noch viel grausamer werden würde.

NORBERT GLASKE

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonent/in _____

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden: _____

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung des o.g. Angebotes)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

Redaktioneller Hinweis

Die nächste Ausgabe erscheint als Doppelausgabe für die Monate Dezember und Januar in einem Umfang von voraussichtlich 32 Seiten. Der Redaktionsschluß für unsere Winterausgabe ist am 5. Dezember.

(bbp)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 3. November 2021

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 5. Dezember 2021.